Nr. 340 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 33

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 8. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Um die Frist der Entwaffnung.

V.S. Spa, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der deutsche Standpunkt wurde in der Mittwochsitzung von dem Reichsminister Simons vertreten, was an sich schon einen günstigeren Eindruck auf die Alliierten zu machen schien. Lloyd George zeigte sich in seinen heutigen Zwischenbemerkungen wesentlich entgegenkommender als am Dienstag. Ueberhaupt war die Atmosphäre dieser Sitzung etwas wärmer als in den ersten Tagen. In englischen Kreisen werden heute abend die Aussichten einer Verständigung in der Entwaffnungsfrage nicht ungünstig beurteilt. Wahrscheinlich glaubt man, daß sich von deutscher Seite eine gewisse Nachgiebigkeit in der Frage des Termins zeigen wird. Die Alliierten verlangten, daß die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann binnen drei Monaten erfolgen soll, die Deutschen erboten sich dagegen, sie binnen fünfzehn Monaten zu vollziehen. Die Kluft, die zwischen der Frist von drei Monaten und dem deutschen Angebot von fünfzehn Monaten liegt, ist an sich allerdings ziemlich breit. Doch würde das deutsche Volk es nicht begreifen, wenn es die deutsche Delegation deshalb auf einen Bruch ankommen ließe, das wird man auch in den Kreisen der hiesigen deutschen Delegation verstehen. Bei aller Erkenntnis der äußerst schwierigen Lage für das Reichswehrministerium muß gesagt werden, daß die Ansichten der Militärs nicht ausschlaggebend sein dürfen.

Die Reichsregierung dürfte auf das Vertrauen des Reichstages größeren Wert legen als auf die Zustimmung der Bendlerstraße.

*

Der Verlauf der gestrigen Konferenztagung hat die Ansicht der Optimisten gerechtfertigt und bewiesen, daß sowohl auf deutscher Seite wie auch mindestens zu einem Teile auf der gegnerischen Seite der ernste Wille zum Ausgleich besteht. Der Reichskanzler Fehrenbach hat in der gestrigen Sitzung geschwiegen. Die lebhafte Debatte wurde von Simons und Seeckt geführt. Eine Kommission, die sich aus den militärischen Bevollmächtigten zusammensetzt und die zu ihren Mitgliedern u. a. auch die Marschälle Foch und Wilson und General Seeckt zählt, ist noch gestern abend zusammengetreten und soll bis heute mittag eine gemeinsame Formel für die offengelassenen Probleme finden.

Fortführung der Beratungen in Ostende?

V. S. Spa, 7. Juli. In Ententekreisen verlautet, daß im Anschluß an die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Ostende verlegt werden soll. Inzwischen werden die Kommissionen verhandeln. Die Idee wird Millerand zugeschrieben. Graf Sforza soll sie unterstützen, Lloyd George aber bekämpfen.

Verhandlungen mit der Türkei.

Spa, 7. Juli. Der Oberste Rat trat heute vormittag 11 Uhr zu einer Beratung der von der türkischen Delegation überreichten Note zusammen. Nachdem der Rat die Unmöglichkeit festgestellt hatte, im türkischen Vertrag alle von der türkischen Regierung verlangten Punkte abzuändern, da dieses Begehren alle wesentlichen Punkte betreffe, beschloß der Rat, eine Kommission politischer Sachverständiger unter Mitwirkung militärischer Sachverständiger mit der Ausarbeitung der Antwort zu beauftragen. Die Antwort soll in einigen Punkten auf die begründeten Einwände der Türkei Rücksicht nehmen.

Belgische Prioritätsschmerzen.

Spa, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Es verlautet in der Frage der Verteilung der Entschädigungssumme, daß die Alliierten weniger denn je einer Verständigung nahe sind. Die Frage der Priorität Belgiens über 2½ Milliarden Goldmark der deutschen Entschädigung, über die man am Montag glaubte, zu einer Einigung gelangt zu sein, wurde wieder neu aufgerollt, und die belgische Presse zeigt große Besorgnis in dieser Frage, zumal es sich nunmehr herausstellt, daß die Summe von 2½ Milliarden durch die Erstattungskosten, die laut Friedensvertrag überhaupt eine Priorität haben, schon lange aufgezehrt sind.

Weitere deutsche Teilnehmer.

Spa, 7. Juli. (WTB.) Reichsjustizminister Dr. Heinze traf heute mit dem Reichsanwalt Richter hier ein, um über das Reichsgerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher vor der Konferenz Auskunft zu geben. Außerdem wird Geheimrat Schmied vom Reichsministerium des Innern hier erwartet.

Zur Teilnahme an den Beratungen über die Kohlenfrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren dringlich nach Spa gebeten worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Hilger, Geheimrat Arnhold, Herr Lübsen, Herr Hue (von uns schon gestern gemeldet. Red.), der Reichskohlenkommissar und Generaldirektor Kongeter.

300 Journalisten.

Wie die belgischen Blätter melden, sind fast 300 ausländische Journalisten in Spa anwesend, was natürlich eine vollständige Ueberlastung des Telegraphen- und Telephonverkehrs zur Folge habe. (Wir können aus eigener schmerzlicher Erfahrung bestätigen, daß Telephongespräche mit Spa fast absolut unverständlich sind, Telegramme ungemein verzögert werden! Red. d. „Vorw.".)

Die Militärfrage in Spa.

Die Aufgabe der deutschen Delegation in Spa ist gewiß sehr schwer, und niemand wird beabsichtigen, sie ohne Not noch schwerer zu machen. Die Delegation in Spa muß versuchen, ihre Verhandlungsgegner soweit wie möglich zu ihrem Standpunkt zu bekehren, und sie braucht dazu die Hilfe der öffentlichen Meinung im Ausland sowohl wie auch im Inland. Sie darf dabei nicht übersehen, daß diese Unterstützung nur dann wirklich wertvoll ist, wenn sie freier Ueberzeugung entspring, mit einer bloßen taktischen Reserve ist ihr nicht gedient, da ist es schon viel besser, daß Meinungsverschiedenheiten offen ausgesprochen werden.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler scheint nach den vorliegenden Berichten in Spa sich auf den Standpunkt zu stellen, 200 000 Mann Reichswehr seien für Deutschland unerläßlich. Dieser Standpunkt ist nicht haltbar, schon deshalb nicht, weil die Frage der Reichswehr nicht von jener der Sicherheits- und Ordnungspolizei getrennt betrachtet werden kann. Hoffentlich trifft der preußische Minister des Innern, der besser gleich mitgefahren wäre, noch rechtzeitig in Spa ein, um die Sache ins rechte Gleis zu bringen und den richtigen Zusammenhang der Dinge wiederherzustellen.

Die Reichswehr ist heute und kann heute im wesentlichen nichts anderes sein als eine verschiebbare Verstärkung der an den Ort gebundenen Sicherheitsorgane. Je stärker diese Sicherheitsorgane ausgebildet sind, desto schwächer kann die Reserve sein, und umgekehrt, je schwächer die örtlichen Organe sind, desto mehr Reichswehr ist zu ihrer Verstärkung im Falle der Gefahr notwendig. Dieser Zusammenhang wäre sofort richtig erfaßt worden, wenn die Führer der Reichswehr nicht hartnäckig an der Vorstellung festhielten, die ihnen anvertraute Truppe sei ein Rest und ein entwicklungsfähiges Keimstück der alten Armee. Gerade in dieser Vorstellung liegt aber der grundsätzliche Gegensatz zu den Bedingungen des Friedensvertrages und den Forderungen der Alliierten.

Angesichts der Angst, die die englische und die französische Bourgeoisie vor dem Bolschewismus hat, sind die Verhandlungen über die Militärfrage gewiß nicht von vornherein aussichtslos. Es ist nicht anzunehmen, daß die Staatsmänner der Entente absichtlich der Deutschen Republik das verweigern wollen, was sie zum Schutz ihrer inneren Ordnung wirklich braucht, und daß sie sich Belehrungen in diesem Punkt als ganz unzugänglich erweisen könnten. Aber es war sicher nicht das richtige Mittel, sie und die öffentliche Meinung der Welt für die Forderungen Deutschlands zu gewinnen, daß man die Sicherheitsfrage zu einer alleinigen Reichswehrfrage machte, die sie ja, wie jedermann weiß, nicht ist.

Die deutsche Delegation mußte sich sagen, daß die Versteifung auf die Reichswehr schon aus psychologischen Gründen eine taktische Unzulänglichkeit ist. Im Ausland sieht man in der Reichswehr eben nicht das Organ, das die Ordnung schützt, sondern die Gesellschaft, die den Kapp-Putsch gemacht hat und aus deren Mitte abscheuliche Ausschreitungen bei der an sich notwendigen Unterdrückung von Unruhen begangen worden sind. In breiten Kreisen des deutschen Volkes selbst erscheint die Reichswehr seit dem März noch nicht genügend rehabilitiert, daß man ihr zuliebe sich in eine neue außenpolitische Krise zu stürzen bereit wäre.

Die Versuche des Reichsministers des Aeußeren, Dr. Simons, im heftigen Streit der Meinungen zu vermitteln, sind sehr anerkennenswert. Aber es wäre besser gewesen, die Sache von vornherein so anzulegen, daß Vermittlungsversuche überflüssig gewesen wären. So wie die Dinge gelaufen sind, gewinnt man den Eindruck, als ob nicht volle Uebereinstimmung zwischen den beteiligten Ressorts herrscht, und als ob der alte Gegensatz zwischen dem diplomatischen und dem militärischen Ressort, der während des Krieges so viel Unheil angerichtet hat, wieder aufgelebt sei. Eigentlich aber sollten wir, bald zwei Jahre nach der Revolution, so weit sein, daß sich das Militär den Notwendigkeiten der Politik reibungslos unterwirft.

Außerhalb der ganz rechtsstehenden Kreise würde sich in Deutschland niemand für ein Scheitern der Verhandlungen an der Militärfrage begeistern. Die Rechtspresse glaubt uns freilich wieder vorwerfen zu können, daß wir die „nationalen Interessen" preisgäben, und versucht nachzuweisen, daß die Reichswehr auch zum Schutz nach außen gebraucht würde. Zur Verstärkung dieser Beweisführung glaubt sie auf den Einmarsch der Franzosen in den Maingau hinweisen zu können. Als ob irgendein Mensch in Deutschland, der seine fünf Sinne beisammen hat, damals auch nur einen Augenblick daran gedacht hätte, den Franzosen mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Wäre dieser Versuch gemacht worden, so wären die Franzosen heute nicht nur noch im Maingau, sondern wahrscheinlich auch schon in Berlin. Nur durch Politik, nicht durch Militär, ist es gelungen, den Rückzug aus dem Maingau zu erreichen, und ähnlich müßte auch in ähnlichen Fällen wieder gehandelt werden.

Gerade die Leute, die das militärische Denken für sich gepachtet zu haben glauben, klammern sich heute an den

Polnische Abstimmungssorgen.

Ein Antrag auf Aufschub der Volksabstimmung.

Die Gefahr von Osten hat die bisher so siegessicheren Polen um die Abstimmung besorgt gemacht. Alle kleinlichen Schikanen gegen die Abstimmungsberechtigten und alle Machenschaften zur Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses, über die sich die Meldungen häufen, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erfolge ihrer Propaganda gefährdet sind und daß die Stimmung in den ostdeutschen Randländern für den Verbleib der Gebiete beim Mutterlande ist. So wird jetzt aus Warschau gemeldet:

Warschau, 6. Juli. In der heutigen Sitzung des Sejm brachte der Abgeordnete Obuk einen Dringlichkeitsantrag ein, der verfassunggebende Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen.

Ferner wurde ein Antrag des Inhalts angenommen, daß die das Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zufallen werden, das Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zufallen werden, ohne Rücksicht auf die Nationalität von der Militärdienstpflicht für acht Jahre frei sein sollen.

Das Vordringen der Russen und das dadurch notwendig gewordene Massenaufgebot polnischer Truppen hat natürlich manchen Wankelmütigen bestimmt, nun doch lieber da zu bleiben, wo die Kugeln nicht mehr so nahe sind. Wenn Polen im Bewußtsein seiner Verantwortung die Rolle des Prellbocks gegen Rußland übernommen hat, so mag es sie auch allein oder mit Hilfe seiner Freunde weiterspielen. Dann aber kann es keinerlei Gewähr dafür übernehmen, daß es die durch Volksentscheid gewonnenen Wehrpflichtigen nicht einmal doch zum Kampfe aufbieten muß. Daher ist die Kundgebung des Sejm, soweit sie sich auf die Wehrpflicht der neu hinzukommenden Bewohner bezieht, zum mindesten unwahrhaftig.

Wenn jetzt die Polen, nachdem sie monatelang eine intensive Propaganda in den Abstimmungsgebieten entfaltet haben, den Entscheidungstag hinausgeschoben wissen wollen, so haben wir unsererseits nicht das geringste Interesse daran. Für Ost- und Westpreußen, wohin die Transporte bereits unter großen Schwierigkeiten begonnen haben, kommt ein Aufschub überhaupt nicht in Frage, und ein baldiger Entscheid über Oberschlesien, dessen Kohlen durch Verfügungen der Interalliierten Kommission mehr und mehr für das Ausland willkürlich beschlagnahmt werden, ist geradezu eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft. Das sind Gründe, denen sich auch die Entente nicht wird entziehen können.

Die polnische Front abermals durchbrochen.

Der polnische Generalstabsbericht vom 6. Juli berichtet u. a.: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickeln sich die bolschewistischen Angriffe weiter fort. Die feindliche Kavallerie, die durch unsere Front zwischen Drywiaty—Ukleyjsee durchgebrochen ist, operiert in der Gegend von Szarkowszczyzna. Unsere Infanterieabteilungen haben sich nach erbitterten Kämpfen auf der Linie Luschki—Plissasee—Borvija—Minjutafluß befehlsgemäß (?) in südöstlicher Richtung zurückgezogen. In Poljessie erbitterte Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt in der Gegend der unteren Beresina zur größten Anspannung steigern. Abteilungen der berittenen Armee Budjenny haben im Angriffe von gestern Rowno genommen und unsere Abteilungen gezwungen, zu weichen.

Der polnische Bericht gibt sich offenbar Mühe, die Niederlage der Polen noch zu beschönigen.

Paris, 7. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel soll die russische Südarmee Cherson besetzt haben.

Vor einem polnischen Friedensangebot?

Frankfurt a. M., 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Warschau gemeldet: In der heutigen Sitzung des Sejm brachten die Sozialdemokraten den dringlichen Antrag ein, daß Polen sofort Sowjetrußland Friedensvorschläge mache.

Wahn, als sei es möglich, mit einigen im Bettstroh versteckten Gewehren militärisch etwas auszurichten. Sie wagen nicht der Tatsache ins Gesicht zu sehen, daß wir militärisch ganz und gar fertig sind, und daß wir jetzt das Kunststück fertig bringen müssen, unser Recht in der Welt ohne die schießende Flinte und den hauenden Säbel durchzusetzen. Sie denken militärisch schief, weil sie in keiner Weise imstande sind, politisch zu denken.

Der Friedensvertrag, den wir unterschrieben haben, beläßt uns nur ein Heer von 100 000 Mann. Wenn wir uns auf das Doppelte dieser Zahl versteifen, setzen wir uns ins Unrecht. Die Vertragsgegner sind berechtigt, von uns die Durchführung dieser Bedingung zu verlangen und können nur durch das Vortragen von Gründen, die auch ihnen einleuchtend erscheinen, dazu bewogen werden, auf ihr Recht dauernd oder zeitweilig zu verzichten. Was sie wollen, ist vollkommen klar. Sie wollen uns unfähig machen, Kriege zu führen, und diesem stärkeren Willen haben wir uns durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages unterworfen. Sie wollen nicht, daß Deutschland, von dessen Leistungsfähigkeit ihre eigene wirtschaftliche Existenz abhängt, dem Chaos verfällt, und werden über die Mittel, dies zu verhindern, mit sich reden lassen.

Die Hindernisse für eine Verständigung in diesem Punkt scheinen uns daher nicht unüberwindlich.

Die Schuld der Unabhängigen.

Camille Huismans über die deutsche Regierungsfrage.

In einem Gespräch mit dem Sonderberichterstatter der „Basler Nachrichten" urteilt Camille Huysmanns, der bekannte Führer der belgischen Sozialisten, über die Haltung der deutschen Unabhängigen folgendermaßen:

„Die deutschen unabhängigen Sozialisten haben eine sehr ungeschickte Politik verfolgt. Diesen Eindruck hatte ich schon in den Kapp-Tagen, als ich in Berlin war und sah, daß sie sich mit den Mehrheitssozialisten nicht an einen Tisch setzen wollten, aber in den Gewerkschaften gemütlich mit ihnen zusammensaßen. Das ist kindisch. Das ist keine Politik. Der größte Fehler war aber, daß sie nach den Wahlen die Regierungsmacht aus den Händen gaben. Sie hätten ganz ruhig in eine Koalition mit den Mehrheitssozialisten und den wirklich demokratisch gesinnten bürgerlichen Kreisen eintreten können. Diese Zurückhaltung vor einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kreisen hat keinen Zweck. Deutschland befindet sich heute in einer ganz außerordentlich schwierigen Lage, in einer Lage, in welcher man wirklich alle Kräfte zu einer organischen Wiederaufbauarbeit zusammenraffen muß. **In solcher Situation, angesichts dieser Riesenprobleme, kann sich Deutschland eine abenteuerliche Politik wie die der Unabhängigen nicht leisten. Es ist unmöglich in dieser Lage, daß politische Fanatiker, die ihre eigenen Prinzipien noch nicht verdaut haben, sich einfach beiseite stellen.** Während des Krieges habe ich stets mit den Unabhängigen sympathisiert. Aber sie müßten jetzt endlich begreifen, daß man nach der Beendigung des Krieges keine Kriegspolitik mehr treiben kann.

Das Unglück der deutschen unabhängigen Sozialisten ist, daß sie keine einzige starke Persönlichkeit, keinen einzigen Führerwillen besitzen. Sie sind nur die Kehrseite der extrem-konservativen Parteien. Noch heute gilt das Wort Jaurès, der in Stuttgart zu Bebel gesagt hat, das Unglück Deutschlands sei, daß es in der deutschen Politik keine Parteien der Mitte, keine liberalen Parteien, im wahren Sinne des Wortes liberale Parteien gäbe. Und dieses Unglück lastet jetzt, wo die beiden extremen Parteien die stärksten geworden sind, mit doppeltem Gewicht auf der politischen Lage Deutschlands."

Camille Huysmanns spricht damit aus, was wir den Unabhängigen seit ihrem Machtzuwachs schon immer vorgehalten haben. Sein Urteil ist von doppeltem Wert, weil ihm als unbeteiligtem Ausländer und bei seiner früheren Sympathie für die Unabhängigen der Vorwurf parteiischer Befangenheit nicht gemacht werden kann. Daß seine Worte auf die unabhängigen Führer großen Eindruck machen werden, ist jedoch nach ihrer bisherigen Haltung nicht anzunehmen.

Närrisches Treiben.

Ermächtigungsgesetz und U. S. P.

Die „Freiheit" macht den Versuch, das törichte Treiben der U.-S.-P.-Fraktion im Reichstag, das wir in unserem gestrigen Leitartikel kennzeichneten, wenigstens in einem Punkte zu rechtfertigen. Sie behauptet, ihre Fraktion habe das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes darum verhindert, weil das Plenum des Reichstages besseren Schutz gegen eine übermäßige Steigung der Getreidepreise biete als ein Reichstagsausschuß. Dieser mit den üblichen Redewendungen begleitete Verteidigungsversuch wird hinfällig durch die Tatsache, daß die Unabhängigen der Vertagung des Reichstags zustimmten. Hätten sie die Absicht gehabt, die ihnen die „Freiheit" ehrenhalber unterstellt, so hätten sie sich mit aller Kraft der Vertagung des Reichstages widersetzen und die Festsetzung der Getreidepreise durch den Reichstag fordern müssen. In Wirklichkeit haben die Unabhängigen nur verhindert, daß sich ein Reichstagsausschuß mit dieser unaufschiebbaren Angelegenheit beschäftigt, und dann haben sie durch ihre Einwilligung in die Vertagung auch den Reichstag selbst ausgeschaltet. Die Fraktion der Unabhängigen hat sich eben in Wirklichkeit garnichts gedacht, als sie das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes verhinderte, sie befand sich über die Folgen ihrer Handlungsweise vollständig im unklaren. Bei einer Fraktion, die unter Ledebours Führung steht, ist auch wohl etwas anderes nicht gut möglich.

Tarifvertrag und Besoldungsreform der Eisenbahner.

Besprechungen mit den Fraktionsvertretern.

Am 6. und 7. Juli fanden im Reichstage Besprechungen zwischen der Personalvertretung des Reichsverkehrsministeriums — bestehend aus Führern der Eisenbahnergewerkschaften — und Vertretern der Fraktionen in Fragen des Tarifvertrages und der Besoldungsreform statt. Während die Vertreter der Sozialdemokratie und der Unabhängigen bereits in der ersten Sitzung eine klar zustimmende Stellung einnahmen, wollten die bürgerlichen Vertreter erst mit ihren Fraktionen Fühlung nehmen.

In der zweiten Sitzung erklärte dann der Abg. Erfing (Ztr.) namens der Regierungsparteien, daß diese zu den aufgeworfenen Fragen erst nach Rückkehr der Minister aus Spa Stellung nehmen könnten. Auf den Einwand der Organisationsvertreter, daß sie sich geradezu wegen der ungenügenden Erklärung der Regierung an die Fraktionen gewandt hätten und daß bei dem Ernst der Lage mit dem Abbruch der endlich sich ihrem Ende nähernden Tarifverhandlungen und mit anderen Verwicklungen zu rechnen sei, gaben die Abgg. Delius (Dem.) und Morath (D. Vp.) Ergänzungen zu den Ausführungen des Abg. Erfing. Herr Delius meinte, seine Fraktion stehe den Forderungen freundlich gegenüber, er hoffe auf eine zufriedenstellende Lösung. Dagegen erklärte Herr Morath, daß er hinsichtlich der Arbeiter die Schwierigkeit der Lage nicht verkenne, für die Beamten sei jedoch die Revision der Besoldungsordnung bis zum Herbst gesetzlich vorgesehen. Seine Fraktion könne daher keine Zusage erteilen, er bitte, nach außen beruhigend zu wirken. Schließlich bat noch Herr Erfing, die abgegebene Erklärung nicht als parteioffiziös anzusehen. Er empfehle den Organisationen, auf Grund ihrer Eindrücke bei der Besprechung den Mitgliedern eine beruhigende Erklärung abzugeben.

Die Organisationen wollen sich, wie verlautet, hiermit nicht zufriedengeben und gedenken, am Donnerstag einen weiteren Schritt beim Hauptausschuß des Reichstages zu tun.

Ostsinwanderung und Beamtenwohnungen.

Baltische Junker sind was anderes!

Die alldeutschen Blätter behaupten tagtäglich, daß die Ostjuden den aus den besetzten Gebieten vertriebenen Beamten die Wohnungen wegnehmen. In der Preußischen Landesversammlung hat Genosse Heilmann schon darauf hingewiesen, daß durch die Vertreibung dieser Leute aus ihren elenden Quartieren in der Dragonerstraße wohl kaum Beamtenwohnungen zu gewinnen seien. Schon vor einiger Zeit wurde im „Vorwärts" vom Preußischen Ministerium für Landwirtschaft betont, daß geeignete Wohnungen für die vertriebenen Beamten noch zahlreich in den Schlössern der ostelbischen Rittergutsbesitzer zu finden sind.

Diese aber bedanken sich für solch proletische Einquartierung von simplen Beamten. Das „Wirtschaftsblatt für den deutschen Adel" veröffentlicht einen von der „Kreuz-Zeitung" nachgedruckten Aufruf, worin der deutsche Adel aufgefordert wird, die baltischen Barone bei sich unterzubringen, denen es jetzt in Lettland und Estland nicht mehr gefällt, seitdem sie dort die politische und wirtschaftliche Herrschaft verloren haben. Gegen diese Massenseinwanderung aus dem Osten hat die „Kreuz-Zeitung" nichts einzuwenden, sie fördert sie sogar, obwohl die baltischen Junker ganz andere Ansprüche an Wohnung und Unterbringung stellen, als die meist bettelarmen Ostjuden, die schon von Hause aus ein Leben in größter Zusammengepferchtheit gewohnt sind.

Schon jetzt befindet sich in Berlin eine große Anzahl herrschaftlicher und hochherrschaftlicher Wohnungen bis zu 10 und 12 Zimmern in Händen emigrierter russischer und baltischer Adelsfamilien. Das hat noch keinem Alldeutschen weh getan, es verursacht auch keinen von ihnen der Gedanke Schmerzen, daß diese Wohnräume den vertriebenen deutschen Beamten verloren gehen. Denn russischer Adel geht noch immer über deutsche Kotüre.

Frauen als Richter.

Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages.

Der Rechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet den Antrag Friedberg und Genossen (Dem.) über die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung. Dazu war von den Abgeordneten Heilmann (Soz.) und Lichtenstein (U. Soz.) der Zusatzantrag gestellt, gemäß der Reichsverfassung die gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, welche der **Zulassung von Frauen als Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte** entgegenstehen. Für die Antragsteller betonte Frau Dr. Heine (Dem.), daß es ihnen vor allen Dingen darauf ankäme, sofort ein praktisches Resultat zu erreichen: Die Frauen, die die erste Prüfung bestanden hätten, müßten sogleich zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Alles andere könne man später regeln. Es ergab sich im Ausschuß Uebereinstimmung darüber, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit selbständigen richterlichen Handlungen oder einer selbständigen Tätigkeit als Gerichtsschreiber nicht betraut werden könnten, und es ergab sich die Frage, ob trotzdem durch einfache Anweisung des Hauses an den Justizminister, der Ausbildungsweg für die Frauen eröffnet werden könne. Schließlich nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Rechtsparteien eine Entschließung Oppenhoff (Ztr.) an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Prüfungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtliche Stellung von Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Stand der Gesetzgebung nicht zulässig wäre. Die Resolution Heilmann-Lichtenstein wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der weiblichen Mitglieder der übrigen Parteien abgelehnt.

Krawall.

Von Paul Haupt.

Man könnte meinen, die billigen Friedenszeiten, in denen noch kein fünfjähriges Welt- und Weltmorden jede gesunde Wirtschaft zerrissen hatte, wären wieder da, wenn man die lange Reihe der Obst- und Gemüsestände auf dem Markt entlangsieht. Da lachen in der vollwangigen Julisonne gelbglasige und tiefrote Kirschen, da lugen feiste Erdbeeren zwischen grünen Blättern hervor, da runden sich volle Blumenkohlköpfe, — Kohlrabi und Salat, Möhren und Spinat und zuletzt noch Körbe voller blauschwarzer Heidelbeeren und was nicht sonst noch alles — alles ist da in Hülle und Fülle.

Man könnte meinen — wenn man nämlich seine Augen vor den Käufern, vor dem Marktpublikum verschlösse. In dem aber, in Gestalt, Kleidung und Gesicht jedes Menschen, der suchend und kaufend wallend von Stand zu Stand geht, hat sich der Krieg eingezeichnet, bei dem einen so, dem andern so, aber sein Zeichen hat er jedem aufgedrückt.

Da sind die Arbeiterfrauen, die ganz früh oder ganz spät, in der Mittagspause oder nach Feierabend einkaufen gehen. Sie werfen kaum einen Blick auf die Erdbeeren, die Kirschen. Sie kaufen vielleicht ein Pfund und gehen schnell weiter. Das Kind an der Schürze wirft noch einen bettelnden Blick auf die vielen Herrlichkeiten, von denen es höchstens ein Kostbäppchen bekommt, die Mutter geht schnell weiter. Dort, wo die billigen Mohrrüben, der Salat liegen, dort füllt sich ihre Tasche. Mehr kann sie nicht ausgeben. Zum Sattessen reicht es manchmal — Leckerbissen —.

„Die teuren Erdbeeren? Mädel, nächstes Jahr, wenn sie billiger sind".

Das Mädchen schlägt die bittenden Augen nieder. So heißt es nun seit fünf Jahren. Jedes Jahr:

„Nächstes Jahr, wenn sie billiger sind".

Die Beamtenfrau, die Frau des „Mittelstandes" kann sich noch nicht recht in das Nichtkaufen fügen. Ihre Blicke wandern noch von Tafel zu Tafel, erwarten noch, auf einer einen billigeren Preis zu finden. Ihr Gehirn rechnet und rechnet noch krampfhaft, ob es nicht doch für ein paar Pfund Obst reicht und schließlich spricht es ihr Mund aus:

„Werden die Heidelbeeren denn nicht billiger?"

Die Hökerfrau beteuert, daß es bei dem teuren Pflücklohn unmöglich sei.

Jeder brauche sein Geld in dieser teuren Zeit.

Andere Frauen bleiben stehen, das Wort fällt:

„Wucherbande."

Grüne Polizei zieht mißtrauisch engere Kreise um den schimpfenden Knäuel, wie unter ihrem Druck zerteilt sich die Ansammlung. Jede aber derer, die weiter gehen, trägt ihre Sorgen, ihre Not, ihren Hunger wie frisch aufgerissene Wunden mit sich.

Fabrik- und Kontormädels, junge Burschen, genußhungrig schlendern sie durch den Markt.

„Gib mir 'ne Mark, denn reicht's noch zu 'nem Pfund."

„Eigentlich wollte ich mir ja Geld aufheben, ich brauche ein Paar Strümpfe..."

„Ach was, so kaputt und so kaputt."

Es liegt viel ratlose Verzweiflung in ihrem lachenden Leichtsinn. Und wie das Geld alle ist, fällt doppelt schwer auf die Seele, wozu es eigentlich gebraucht, notwendig gebraucht wurde. Mit zusammengekniffenen Lippen, hungrigen Augen sehen sie frische Ware, Korb für Korb vom Wagen herunterheben. Verärgert, vergrämt, daß sie jetzt selbst auf den Markt gehen muß, wohin sie früher nur ihr Dienstmädchen sandte, in giftiger Scham, daß auch sie jeden Pfennig jetzt erst dreimal umdrehen muß, reizt sie eine gutgekleidete Bürgersfrau:

„Soviel Kirschen wie nie, aber billiger werden sie nicht."

Da kippt ein Korb, die Früchte rollen über den Boden. Eilige Hände greifen danach, die Leute laufen zusammen, stoßen sich, haschen nach der kollernden teuren Ware. Arbeiterfrauen, Bürgerfrauen, „bessere", „gewöhnliche" Mädchen, alle bücken sich. Stöße lösen Geschimpfe, Reden und Widerreden aus, der Händler versucht die Leute fortzudrängen, ein Mann wirft ihn in seinen Stand, andere Körbe werden umgerissen, die Wut, die Not, der Hunger schreien heraus:

„Billiger müssen sie sie lassen, die Bauern!"

„Wuchern tun sie, gebt keinen Pfennig!"

Polizei greift ein, wird selbst angegriffen, beschimpft. Die nächsten Händler packen ihre Ware, werden unter Drohungen zum Bleiben gezwungen. Schon liegen Körbe der Früchte im Kot, Schreien, Jammern, harte Polizeibefehle.

Grüne Patrouillen rücken an, drängen die wütende Menge aus den Marktgassen.

Fiel nicht ein Schuß?

Kreischend flüchten die Frauen: Ohne Körbe, ohne Hüte zum Teil.

„Mein Geld, mir ist mein Geld gestohlen."

Der Markt ist frei, wutgeladene, bestohlene und betrogene Menschen kehren mit leeren Händen nach Hause zurück.

Stärker, sinnloser ist die Verzweiflung geworden. Vielleicht wird der Rest der Waren billiger verkauft — und Tausende von Kirschen, Erdbeeren faulen zertreten auf dem Pflaster.

Wilhelm Bode, der, wie wir schon meldeten, sein Amt als Generaldirektor der staatlichen Museen in kurzem niederlegen wird, gehört als Kunstforscher und Sammlungsleiter zu den stärksten und eigenwüchsigsten Persönlichkeiten der Gegenwart. Seine Geschicklichkeit und sein Glück namentlich beim Auffinden und Erwerben wertvoller alter Kunstwerke war sprichwörtlich geworden. Man sagte, die gerissensten italienischen Händler zitterten, sobald es hieß, Geheimrat Bode sei die Alpen herabgestiegen. Was er für die Kunstsammlungen geleistet hat, die den Stolz des Kaiser-Friedrich-Museums bilden, wird ihm unvergessen bleiben. Bode vor allem ist es zu danken, daß dieses Museum heute zu den schönsten und reichhaltigsten der Welt zählt.

Fünfundzwanzig Jahre hatte er am Berliner Museum die Abteilung der christlichen Plastik, fünfzehn Jahre auch die Gemäldegalerie geleitet, als er im Herbst 1905 kommissarisch, im Frühjahr 1906 definitiv zum Generaldirektor ernannt wurde. Sein Vorgänger Schöne hatte dieses Amt, das in erster Linie bureaukratische Fähigkeiten verlangt, vorwiegend als Vermittlungsstelle zwischen den ihm unterstellten Museumsdirektoren einerseits und dem Kultusministerium und Parlament andererseits aufgefaßt. Bode, der keine Spur vom Bureaukraten an sich hatte, vermochte sich diese Zurückhaltung nicht aufzuerlegen. Er griff oft temperamentvoll in die Einzelverwaltungen der Museen ein, und da er sehr ausgesprochene künstlerische und persönliche Zu- und Abneigungen hatte, so kam es zu allerhand Reibungen, die der Sache nicht immer nützlich waren. Namentlich die Nationalgalerie und ihr damaliger verdienstvoller Leiter Hugo v. Tschudi wurden von ihm stiefmütterlich behandelt, und als Tschudi schließlich gegangen war, blieb nichts anderes übrig, als die Galerie dem Machtbereich des Generaldirektors zu entziehen und sie direkt dem Kultusministerium zu unterstellen.

Zum Nachfolger Bodes in der Generaldirektion ist Geheimrat Otto v. Falke, der gegenwärtige Direktor unseres Kunstgewerbemuseums, bestimmt worden, ein Mann, der als Gelehrter und Sammlungsleiter mit Recht hohes Ansehen genießt und von dem man im übrigen annehmen darf, daß er in seiner Amtsführung mehr der Methode Schönes folgen, als die Bahnen Bodes einschlagen wird. Dies ist allerdings auch die unbedingte Voraussetzung, unter der allein man das Weiterbestehen des Generaldirektorpostens wird gutheißen können, für dessen Abschaffung heute mancherlei Stimmen laut werden. Die zweite Voraussetzung aber ist, daß die Leitung der Nationalgalerie nach wie vor selbständig bleibt. Das Gebiet Falkes ist ebenso wie das Bodes die ältere Kunst, der modernen bringt der neue Generaldirektor weniger Interesse entgegen und der heute im Werden begriffenen steht er, soweit ich unterrichtet bin, schroff ablehnend gegenüber. Es bestände also immerhin die Gefahr, daß die Modernisierung der Nationalgalerie, die unter der Leitung von Ludwig Justi so erfreulich im Gange ist, durch das Eingreifen einer anders orientierten vorgesetzten Behörde gelähmt oder gar rückgängig gemacht werden könnte. Der gegenwärtige Zustand hat sich aufs beste bewährt und irgendwelche praktische Rücksichten auf eine bequemere oder wohlfeilere Verwaltung dürfen unter keinen Umständen als Grund für eine Aenderung gelten. Der ideelle Schaden wäre unvergleichlich größer als der etwaige materielle Nutzen.

In bezug auf die übrigen Kunstsammlungen darf man aber hoffen, daß ihre Leiter in Herrn v. Falke einen verständnisvollen und wohlwollenden Protektor erhalten werden. Besonders erfreulich ist es, daß die freundschaftlichen Beziehungen des alten zum neuen Generaldirektor auch fernerhin die Mitarbeit Bodes an der weiteren Ausgestaltung des Kaiser-Friedrich-Museums ermöglichen, so daß uns diese unschätzbare und trotz der Last der Jahre unentwegt schaffensfrohe Kraft gerade auf dem Felde erhalten bleiben wird, auf dem sie ihr Größtes geleistet hat und noch immer Großes zu leisten vermag.

J. S.

Liebermanns Präsidentschaft der Akademie der Künste ist von der preußischen Staatsregierung bestätigt worden. Stellvertreter ist Dr. Schumann; auch er wurde bestätigt.

Abrechnung mit der Reaktion.

Preußische Landesversammlung.

149. Sitzung. Mittwoch, 7. Juli 1920, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Haenisch, Oeser.

Das Haus ist schwach besetzt. Die Gesetzentwürfe über weitere Mittel zum Ausbau der Wasserkräfte des Mains und der Weser und über die Aenderungen des Pfandleihegesetzes werden in zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Aussprache über den Etat fortgesetzt.

Abg. Dr. v. Richter (D. Vp.):

Die Neuwahlen in Preußen würden sicher eine ganz andere Zusammensetzung der Regierung zur Folge haben. Das Verfahren des Ministers des Innern mit den Beurlaubungen von Landräten ist unerträglich, die Aufforderung des Finanzministers an die Beamten, sich zur Demokratie und Republik zu bekennen, ist nach der Reichsverfassung unzulässig. Trotz des Streiks am 1. Mai hat der Landwirtschaftsminister den Forstarbeitern den Lohn aus Staatsmitteln bezahlt. Wir verlangen klipp und klar Antwort, ob die Regierung die Bestimmung der Reichsverfassung achten will, wonach die Beamten ein Recht auf freie politische Betätigung haben. Wir erwarten, daß die Regierung den unerhörten Schikanen der Polen scharf entgegentreten wird.

Ministerpräsident Braun:

Der ostpreußischen Frage will ich einige Worte widmen. Der durch den Frieden gewährleistete freie Verkehr durch den Korridor ist seit der bevorstehenden Abstimmung in Ost- und Westpreußen offenbar verhindert. Die Polen legen der ungehinderten Durchfuhr der Abstimmungsberechtigten alle möglichen schikanösen Hindernisse in den Weg. Der Minister Simons hat dafür im Reichstage ernste Worte der Verurteilung gefunden. Die Staatsregierung unterstreicht diese Worte ausdrücklich. Sie spricht weiter die Hoffnung und die Ueberzeugung aus, daß die nach der Heimat strebenden Ost- und Westpreußen sich durch diese schikanöse Behandlung nicht abhalten lassen werden, ihre Pflicht gegenüber Deutschland und dem Deutschtum ihrer Heimat zu tun. Sie hofft und erwartet, daß

die Abstimmung ein Siegestag der Deutschen

sein wird. Herr von der Osten hat gestern die Vorgänge in Pommern gestreift. Ueber die Einzelheiten ist vielfach falsch berichtet worden. Nicht der Umstand, daß der Landbund nur bezirks- oder kreisweise verhandeln wollte, hat den Streik verursacht, sondern der Streit liegt tiefer; sonst wäre er längst beigelegt, wie tatsächlich in den einzelnen Kreisen Verträge zustande gekommen sind. Ueberall, wo die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmerorganisationen verhandelten, gelang die Verständigung ohne Schwierigkeiten. Der Konflikt wurde hier aber dadurch verschärft, daß die Arbeitgebergruppe, der Landbund, die anderen nicht als gleichberechtigt anerkennen wollte. Es sollte den Arbeitnehmern gezeigt werden, daß ihre **Organisation nicht anerkannt** werde und daß sie von den Unternehmern abhängig seien. (Widerspruch rechts. Hört, hört! links. Andauernde Unruhe.) In Pommern spielt noch der Machtstandpunkt eine große Rolle. Der Streik geht zu Ende, aber die Gefahr eines neuen Konfliktes droht noch. Ich habe deshalb einen Kommissar hingeschickt, und dieser hat in Verhandlungen mit dem Vorstand des Landbundes festgestellt, daß er in der Tat die Anerkennung des Arbeitnehmerverbandes

als Machtfrage behandelt,

die jetzt ausgefochten werden solle. (Hört, hört! links. Andauernde lebhafte Unruhe.) Auf **Hinweis des Kommissars** auf die Schäden, die ein Streik für die Ernte im Gefolge haben müsse, wurde geantwortet: **Das ist ganz gleich, die Sache muß jetzt ausgefochten werden.** (Große Unruhe und Widerspruch rechts. Hört, hört! links.) Darin liegt die Ursache des Streiks. Ich habe nun die Regierungspräsidenten angewiesen, sofort mit allen Teilen zu verhandeln und schiedsgerichtliche Ausschüsse einzusetzen, um beide Parteien zu Verhandlungen zu bringen. Der Ernst der Lage muß beiden klargemacht werden, sie müssen wissen, daß der Streik und seine weitere Ausbreitung jetzt verhindert werden muß, und daß nicht auf Kosten der Allgemeinheit und der Volksernährung eine Machtfrage durchgedrückt werden darf. (Große Unruhe und lebhafter Widerspruch rechts.) Bezüglich des 1. Mai haben wir keineswegs einen Beschluß des Hauses verletzt. (Unruhe rechts.) Wenn wir Arbeitern und Angestellten Urlaub geben, so war das nur unser gutes Recht, **aber es war ein Recht der Arbeiter und Angestellten, den 1. Mai ebenso gut zu feiern, wie früher patriotische Festtage gefeiert worden sind.** (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern Severing:

Der Abg. von Richter hat eine Verbilligung der Lebensmittel gewünscht. Im Reichstage sitzt im Reichswirtschaftsministerium ein Parteifreund von ihm. An dieser Stelle mag die Deutsche Volkspartei einmal versuchen, was sie zu leisten imstande ist. (Sehr richtig! links.) Solange die Staatsregierung das Vertrauen der Mehrheit der Landesversammlung besitzt, hat sie die Politik zu treiben, die zur

Festigung der jungen Republik

erforderlich ist. (Beifall links und im Zentrum.) Dazu rechne ich die Aufgabe, die ich in meinem Ressort durchzuführen verpflichtet bin. Wir sind wohl alle einig in dem Wunsch, daß der nächste Sonntag in Ostpreußen sich würdig an die Seite stellen möge dem 14. März. (Lebhafter Beifall.) Ich kann aber nicht der Anregung des Abg. Dominicus zustimmen, die patriotische Gesinnung in den Grenzbezirken gewissermaßen zu erkaufen durch besondere Vergünstigungen. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem „Loch im Osten" meinte der Abg. Dominicus wohl die Einwanderung mißliebiger Ausländer. Wir haben schon mancherlei Maßnahmen zur Verhinderung der unbegrenzten Einwanderung der Ostjuden getroffen, **aber die Ostjuden sind auch Menschen und Europäer.** (Lärm rechts.) Wir dürfen nach dem Friedensvertrage diese Ausländer nicht anders behandeln wie die Deutschen. (Große Unruhe rechts.) Bis heute sind alle Zeitungsnachrichten und Versammlungsreden über die ungeheure Einwanderung der Ostjuden kolossal übertrieben. (Lärm rechts.) Mein Parteifreund Dr. August Müller, den Herr v. d. Osten als Kronzeugen angeführt hat, leidet an dem Fehler, daß er nur den Splitter im fremden Auge, aber nicht den Balken im eigenen sieht. Er ist in seiner Kritik sehr einseitig geworden, nachdem er keine Gelegenheit mehr hat, sich aktiv in der Politik zu betätigen. (Zurufe rechts: Ach wie bald! Ach wie bald! — Heiterkeit.) Die neue Parteikonstellation im Reichstag, die Sie ach so bald auch für Preußen erwarten, kann sich doch nur so lange halten, wie sie die **Unterstützung der Sozialdemokratie** findet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Meine Kollegen und ich, wir kleben nicht an Mandaten und an Ministersesseln. Bitte, ergreifen Sie (nach rechts) doch die Initiative und verbinden Sie sich mit den Herren von der äußersten Linken. (Sehr gut! bei der Mehrheit. — Große Unruhe rechts.) Solange die jetzige Parteikonstellation in der Landesversammlung besteht, solange die Regierung sich stützen kann auf das Vertrauen dreier großer Parteien, solange wird die Staatsregierung ihre bisherige Politik fortsetzen. (Beifall links. Lärm rechts.) Ich lege Protest ein gegen die Unterstellung, daß wir bei dieser Politik nicht das Interesse des Landes, sondern einseitige Parteiinteressen maßgebend sein lassen, sondern daß die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend ist für die Besetzung hoher Verwaltungsstellen. Es ist eine ganz zwangsläufige Erscheinung, daß bei der Berufung auf herausragende Staatsposten jetzt

in erster Linie die Leute von links

berücksichtigt werden. Das ist einfach die Folge der Unterlassungen früherer Zeit. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Unruhe rechts.) Hätten Sie, was Herr v. d. Osten jetzt als wünschenswert bezeichnet, schon früher einige Arbeitervertreter auf solche Posten gesetzt, dann wären diese großen Aenderungen heute nicht nötig. (Abg. Rippel (Dnat.): Es kommt Ihnen nicht auf den Arbeiter an, sondern auf den Sozialdemokraten!) Jetzt sagen die Herren von der Deutschnationalen Partei, sie wenden sich nicht gegen die Arbeiter, dabei haben sie die Regierung ständig deswegen angegriffen, weil in ihr Schlosser, Schreiner, Gastwirte usw. sitzen sollen. Nein, Ihr Widerstand richtet sich auch **gegen den Arbeiter** (Lauter Widerspruch rechts.), von dem man sagt, daß ihm für die Verwaltung eines Kreises die nötige Vorbildung fehle. (Erneuter Widerspruch rechts.) Die Arbeiter, die ein Handwerk erlernt haben bringen in ihr Amt die Kenntnis des praktischen Lebens mit, während die Leute, die früher Landratsposten bekleideten, nichts weiter mitbrachten, als daß sie **die Söhne ihrer Väter** waren. (Laute Zwischenrufe und minutenlang anhaltender Lärm rechts. — Der Präsident bittet um Ruhe.) Der Geschichtsschreiber Momsen sagte, daß **das Hirn von August Bebel die Gehirne von 10 ostelbischen Baronen aufwiegen** könnte. (Erneuter Lärm rechts.) Dem Abg. Dominicus möchte ich erwidern: wenn

fest und oft zugegriffen

wird, dann wird auch einmal vorbeigegriffen. Ich nehme für mich durchaus nicht in Anspruch, daß ich bei allen meinen Maßnahmen unfehlbar bin. Ich habe es aber eigenartig empfunden, daß mir ein derartiger Vorwurf gemacht wird von dem Vertreter einer Koalitionspartei. Mein Amtsvorgänger und Parteifreund Heine hat von einem demokratischen Redner den Vorwurf erfahren, daß er **nicht energisch genug** durchgegriffen habe. Jetzt macht ein Redner derselben Partei mir Vorwürfe in umgekehrter Richtung. Gewiß ist es eine bedenkliche Belastung des Staats, wenn soviel Beamte auf einmal pensioniert werden, aber es wäre eine Bankerotterklärung des demokratischen Staatswesens, **ließe man diese Leute noch länger im Amte.** (Anhaltende große Unruhe rechts. Beifall links.) Die meisten zur Disposition gestellten Landräte haben sich als **durchaus unzuverlässig** erwiesen und hatten schon lange nicht das öffentliche Vertrauen mehr. Ich brauche nur einfach einige Bekanntmachungen zu verlesen, wie sie in Schlesien und Pommern, Brandenburg und Hannover erlassen worden sind. Unter großer Unruhe verliest der Minister einen solchen Erlaß. Die Sicherheitspolizei verfolgt tatsächlich keine militärischen Zwecke, sondern hat nur die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einzustehen, ob gegen rechts oder links. Wenn erst die anderen — das sage ich zu den Unabhängigen — keine Handgranaten und Maschinengewehre mehr haben, dann kann auch die Sicherheitspolizei auf ernste Waffen verzichten. (Zuruf bei den U. Soz.: Haben Sie doch kein so böses Gewissen! — Große Heiterkeit.) Von den Mannschaften sind 40 Proz. gewerkschaftlich organisiert, aber Polizei ist doch keine gewerkschaftliche Arbeit. Die Entente verlangt nicht die Auflösung der Einwohnerwehren, um im gleichen Atem bewaffnete Ordnungsorganisationen zu gestatten. Ihr kommt es nicht auf den Namen, sondern auf die Sache an, daß kein Deutscher Waffen tragen soll. In der unabhängigen hessischen „Arbeiterzeitung" stand freilich neulich zu lesen, die Waffen der Noskiden müßten der Entente ausgeliefert werden. (Stürmische langanhaltende Unruhe. Hört, hört! rechts und in der Mitte.) Die Staatsregierung wird dieselbe Politik wie in den letzten Monaten weitertreiben, unbekümmert um rechts oder links. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Goll (Dem.): Die Forderung meines Freundes Dominicus, das Loch im Osten zu schließen, richtete sich gegen die Auswüchse der Einwanderung gegenüber der ungeheuren Wohnungsnot, unter der auch die gesamte Arbeiterschaft zu leiden hat. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosenunterstützung muß endlich in eine Versicherung umgewandelt werden. In allen Versammlungen hört man das Schlagwort „Sozialisierung". Es ist gefährlich, alles Elend zurückzuführen auf die kapitalistische Wirtschaft, und in der Sozialisierung das Allheilmittel zu sehen. Nur Betriebe, die einen monopolartigen Charakter haben, sind geeignet zur Sozialisierung. Wir sind nicht Gegner des Achtstundentages; wir wenden uns aber gegen die Gleichmacherei der Betriebe. Wenn Sie (nach rechts) gegen den Klassenkampf sprechen, so macht sich das in Ihrem Munde sehr schlecht; Sie sind doch nichts als eine Klassenpartei. (Lebhafte Zustimmung links; Zuruf rechts: Stimmt nicht!)

75]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Sellanraa kann kleine Verluste seines Viehstandes verschmerzen, denn es ist groß und stark, aber es ist nicht ohne Sorgen, ach nein! Inger ist keineswegs das ganze Jahr hindurch mit sich und ihrem Leben zufrieden, nein, sie hat einmal eine große Reise gemacht, und da ist wohl eine Art verderblicher Abgespanntheit über sie gekommen. Die verschwindet und kommt wieder. Sie ist rasch und fleißig wie in ihren besten Tagen, und sie ist eine hübsche und gesunde Frau für ihren Mann, für den Kraftmenschen, aber hat sie nicht auch Erinnerungen von Trondheim? Träumt sie niemals? Doch, und besonders während des Winters. Da gärt zuweilen eine ganz verfluchte Lebenslust in ihr, und da sie nicht allein tanzen kann, gibt es keinen Ball. Schwere Gedanken und ein Andachtsbuch? Ach ja, jawohl, aber Gott weiß, das andere ist auch schön und herrlich! Sie ist genügsam geworden; die schwedischen Maurer sind jedenfalls fremde Menschen und ungewohnte Stimmen auf dem Hofe, aber es sind ältere und ruhige Männer, die nicht spielen, sondern arbeiten. Aber sie sind doch besser als gar nichts, sie bringen doch etwas Leben mit sich, der eine singt wunderschön, und Inger bleibt bisweilen stehen und hört ihm zu. Der Mann heißt Hjalmar.

Aber damit ist noch nicht alles gut und recht auf Sellanraa. Da ist zum Beispiel die große Enttäuschung mit Eleseus. Vor ihm war ein Brief gekommen, daß seine Stelle bei dem Ingenieur aufgehört habe, aber er werde bald eine andere bekommen, er müsse nur warten. Dann kam ein Brief, er könne, während er auf einen hohen Posten auf einem Bureau warte, nicht von nichts leben, und als ihm von Hause ein Hundertkronenschein geschickt wurde, schrieb er zurück, das habe gerade genügt, einige kleine Schulden zu decken. — „So," sagte Isak. „Aber nun haben wir die Maurer und allerlei Auslagen, frag' du nur den Eleseus, ob er nicht lieber heimkommen wolle und uns helfen!" — Inger schrieb, aber Eleseus wollte nicht wieder heimkommen, nein, er wollte die Reise nicht unnötig noch einmal machen, lieber wolle er hungern.

Seht, es war wohl in der ganzen Stadt keine hohe Stelle auf einem Bureau frei, und Eleseus war vielleicht auch nicht Draufgänger genug, sich einen Weg zu bahnen. Gott weiß, vielleicht war er auch nicht besonders tüchtig. Geschickt und fleißig im Schreiben war er wohl, aber ob er auch klug und gescheit war? Und wenn nicht, wie würde es ihm dann gehen?

Als er mit den zweihundert Kronen von Hause in die Stadt zurückkehrte, kam diese sofort mit ihren unbezahlten Rechnungen daher, und nachdem er diese beglichen hatte, mußte er sich einen Stock kaufen, der alte Regenschirmstock tat es nicht mehr. Verschiedene andere Dinge, die er sich anschaffen mußte, lagen auch nahe, eine Pelzmütze für den Winter, wie alle seine Kameraden eine hatten, ein Paar Schlittschuhe, einen silbernen Zahnstocher, um sich damit die Zähne zu stochern und elegant damit zu deuten, wenn man bei einem Gläschen zusammensaß und schwatzte. Und solange er noch reich war, hielt er die andern frei, so gut er konnte, bei seinem Ankunftsfest ließ er mit der größten Sparsamkeit ein halbes Dutzend Bierflaschen aufziehen. — „Was, du gibst der Kellnerin zwanzig Oere?" wurde er gefragt. „Wir geben zehn." — „Nur nicht kleinlich sein!" sagte Eleseus.

Er war nicht kleinlich, nein, das stand ihm gar nicht an, er stammte von einem großen Hof, ja von einem Herrenhof, sein Vater, der Markgraf, besaß unendliche Wälder und vier Pferde, dreißig Kühe und drei Mähmaschinen Eleseus war kein Lügenbeutel, und nicht er hatte die Märe von dem Herrenhof Sellanraa verbreitet, das hatte der Bezirksingenieur seinerzeit getan und in der Stadt damit geprahlt. Aber es war Eleseus nicht gerade zuwider, daß dieses Märchen so halb und halb geglaubt wurde. Da er selber nichts war, konnte er wenigstens der Sohn von jemand sein, das verschaffte ihm Kredit, und er konnte sich durchschlagen. Aber auf die Dauer ging das doch nicht, endlich sollte er doch einmal bezahlen, und da saß er fest. Einer seiner Kameraden verschaffte ihm dann eine Anstellung in seines Vaters Geschäft. Es war ein Laden mit Bauernkundschaft, der die verschiedensten Waren führte; aber es war immer besser als gar nichts. Es war recht unangenehm für einen so alten Knaben, mit einem Anfängergehalt in einem Kramladen zu stehen, wenn er sich doch zum Schultheiß hatte ausbilden wollen; aber er verdiente wenigstens seinen Lebensunterhalt dabei, es war ein vorläufiger Ausweg, ach, es war eigentlich gar nicht so schlimm Eleseus war auch hier freundlich und gefällig und war bei den Kunden beliebt

Aber das war nun die große Enttäuschung seiner Mutter. Wenn Eleseus hinter einem Ladentisch stand, so war er ja auch nicht mehr als der Ladendiener beim Kaufmann im Dorfe drunten. Früher war er unvergleichlich viel mehr gewesen, außer ihm hatte niemand je das Dorf verlassen und auf einem Bureau gearbeitet. Hatte er denn sein großes Ziel aus dem Auge verloren? Inger war nicht dumm, sie wußte, daß es einen Unterschied gab zwischen dem Gewöhnlichen und dem Ungewöhnlichen, aber sie konnte das vielleicht nicht so genau unterscheiden. Isak war einfältiger und einfacher, er rechnete jetzt immer weniger mit Eleseus, wenn er rechnete; sein ältester Sohn war gewissermaßen aus seinem Gesichtskreis hinausgeglitten, er hörte auf, sich Sellanraa zwischen seinen beiden Söhnen geteilt zu denken, wenn er einmal nicht mehr da sein sollte.

Im Frühahr kamen Ingenieure und Arbeiter aus Schweden; sie sollten Wege bauen, Baracken errichten, die Wege ebnen, sprengen, Verbindungen mit Lebensmittellieferanten, mit Pferdebesitzern, mit Grundbesitzern an der See abschließen — wozu das alles? Sind wir denn nicht im Oedland, wo alles still und tot ist? Doch, aber jetzt sollte ein Probestollen in dem Kupferberg gemacht werden.

So, nun wurde also doch etwas aus der Sache, Geißler hatte keine leere Umtriebe gemacht.

Es waren nicht dieselben großen Herren wie das letztemal, der Landrat fehlte, der Grubenbesitzer fehlte, aber es war der alte Sachverständige und der alte Ingenieur. Sie kauften Isak alle seine gesägten Bretter ab, die er nur entbehren konnte, sie kauften Nahrungsmittel und Getränke und bezahlten gut, dann unterhielten sie sich und waren freundlich und sagten, Sellanraa gefalle ihnen. „Eine Seilbahn!" sagten sie. „Eine Luftbahn vom Berggipfel bis hinunter an die See," sagten sie. — „Ueber alle Moore weg?" fragte Isak, denn er war schwach im Denken. — Ach da mußten sie lachen! „Auf der anderen Seite," sagten sie, „nicht auf dieser Seite, das würde ja viele Meilen weit sein. Nein, auf der anderen Seite des Berges, gleich zum Meer hinunter, da ist starker Fall und gar keine Entfernung Wir lassen das Erz durch die Luft in eisernen Trögen hinunter, du wirst sehen, es wird großartig! Aber zum Anfang wird das Erz hinuntergefahren, wir bauen einen Weg und lassen es mit den Pferden hinunterfahren — oh, mit wenigstens fünfzig Pferden, auch das wird großartig. Und wir sind auch nicht nur so wenig Leute, wie du hier siehst. Was sind denn wir? Nichts! Von der anderen Seite kommen noch mehr; ein ganzer Zug Arbeiter und fertige Baracken und Nahrungsmittel, und alle Art von Gerätschaften treffen wir droben auf dem Gipfel. Es kommt Zug in die Sache, Millionen, und das Erz kommt nach Südamerika." — „Ist der Landrat nicht mit dabei?" fragte Isak. — „Was für ein Landrat? Ach der? Nein, der hat verkauft!" — „Und der Grubenbesitzer?" — „Der hat auch verkauft!" So, du erinnerst dich an sie? Nein, die haben verkauft. Und die von ihnen abgekauft haben, haben wieder verkauft Jetzt gehört der Kupferberg einer großen Gesellschaft, ungeheuer reichen Leuten." — „Wo mag wohl Geißler sein?" fragte Isak. „Geißler? Kenne ich nicht." — „Der Schultheiß Geißler, der damals den Kupferberg verkauft hat." — „Ach der! Hat der Geißler geheißen? Gott weiß, wo er hingekommen ist. Erinnerst du dich an den auch noch?"

(Forts. folgt.)

Am Sonnabend, den 10. Juli, ab 5 Uhr **Flugblattverbreitung** **für Groß-Berlin von den bekannten Bezirkslokalen.**

Finanzminister Lüdemann:

Die Anfrage Dr. von Richters betr. Vorgänge im Finanzministerium sollte nach den Vereinbarungen nicht zur Besprechung gestellt werden. Herr von Richter ist trotzdem auf die Dinge zu sprechen gekommen. Wenn er mich fragt, ob mir Artikel 130 der Verfassung über die Freiheit der Beamten in der politischen Betätigung nicht bekannt sei, so halte ich dem entgegen, daß es ein Gesetz über Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten gibt, zu dem im Jahre 1919 eine Verordnung ergangen ist. In § 3 wird bestimmt, daß **jederzeit** in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können Unterstaatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw., und zwar **ohne Angabe von Gründen!** Es ist also eine rechtliche Grundlage vorhanden. Früher freilich, als die Freunde des Herrn von Richter an der Macht waren, waren Maßregelungen aus politischen Gründen an der Tagesordnung. (Sehr richtig! links. — Große Unruhe rechts.) Nicht um Maßregelungen, nicht um politische Motive hat es sich gehandelt, sondern es ist gegen die beiden Herren, um die es sich dreht, aus Gründen der Disziplin und der Geschäftsführung vorgegangen worden. (Zuruf des Abg. v. Richter.) Ich habe nur die Herren aufgefordert, zu prüfen, ob sie mit mir zusammenarbeiten können. Wenn sie Bedenken trügen, dann sollte über eine anderweitige Verwendung gesprochen werden. Das war eine sehr entgegenkommende Haltung. Erst das Verhalten der Beamten, die andere Beamte gegen mich aufbrachten, hat mich zu der Erklärung geführt, ich könnte jetzt mit diesen Herren nicht weiterarbeiten. Der Wunsch, es möchte ein Sparsamkeitsprogramm vorgelegt werden, ist um so weniger leicht zu erfüllen, wenn man bei Aeußerung dieses Wunsches zugleich Sonderwünsche vorbringt. Was die Besoldungsordnung angeht, so haben die Gemeinden eine Einheitlichkeit sehr erschwert. In der Frage der Besatzungszulagen sind leider meine Bemühungen vergebens gewesen, daß diese Zulagen aus Reichsmitteln bezahlt werden sollen.

Abg. **Klingemann** (Dnat.): Wir müssen es ablehnen, eine Klassenpartei genannt zu werden. (Lebh. Sehr richtig! bei den Dnat.) In der Beamtenschaft wünschen wir befähigte Männer zu sehen, ohne daß ihre Berufung von der Parteizugehörigkeit abhängig gemacht wird. Mit dem alten Preußen ist es leider vorbei, aber was das alte Preußen auszeichnen soll, Pflichttreue und Zucht, muß uns bleiben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Der Abg. v. Richter hat behauptet, das Volk hätte gegen uns entschieden. Was will Herr v. Richter denn überhaupt mit solchen Ausführungen sagen. Die Herren, die den Wahlkampf in der schamlosesten Weise geführt haben, sind nachher

den Sozialdemokraten nachgelaufen,

um sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. (Große Unruhe rechts.) Die Rechtsparteien sind ja überhaupt nicht in der Lage, ohne uns politisch etwas zu schaffen. Sie fordern die Auflösung der Landesversammlung. Wir denken nicht daran, darauf einzugehen. Getreu dem Auftrag des Volkes **werden wir hier die Verfassung erledigen.** Die „Kreuzzeitung" hat bereits geschrieben, es reiche wohl zur Beseitigung der Adelsvorrechte, aber nicht zum Aufbau der Verfassung. Dieses Lied sollen wir von Ihnen im Wahlkampf wohl noch öfter hören? Darauf fallen wir nicht hinein. Gerade der Vertreter der Deutschen Volkspartei verzögert die Fertigstellung der Verfassung durch seine

Obstruktion im Verfassungsausschuß

in unerhörter Weise. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Die Partei des Kapp-Putsches (Große Unruhe rechts) kann leider noch immer zehnmal mehr vernichten, als wir aufbauen können, das beweist der Posten von **600 Millionen für Tumultschäden.** Zur Ueberwindung der Finanzkrise ist die Einführung einer Steuer nach dem gemeinen Wert notwendig. Die 40 000 Ostjuden machen an der Stelle, wo 60 Millionen Deutsche leben, für die Ernährungslage so gut wie nichts aus. Wenn man sie statt in der Dragonerstraße in Baracken unterbringen wollte, würde man dadurch noch keine Wohngelegenheit für die Beamten schaffen. Kollege Leid predigte nach innen den schärfsten Klassenkampf, nach außen die Völkerversöhnung. (Heiterkeit.) Die internationale Solidarität beschränkt sich bei den Unabhängigen leider nicht auf die Arbeiter aller Länder, sondern dehnt sich gelegentlich auch **auf die ausländischen Machthaber und Kapitalisten** aus. (Lebhafte Zustimmung.) Sie hassen Noske und Heine viel stärker als Clemenceau und Lloyd George. Darum ist in der U. S. P. eine Art Perversion des nationalen Gefühls eingetreten. (Lebhafte Zustimmung.) Das wird in dem Maße abnehmen, in dem sie erkennen müssen, daß heute schon der Druck der ausländischen Machthaber und Kapitalisten auf den deutschen Arbeiter viel schlimmer wirkt, als jemals früher der der einheimischen Machthaber. (Lebhafter Beifall.) Die Deutschnationalen behaupten immer, sie seien nicht mehr identisch mit den Konservativen. Der frühere konservative Abgeordnete v. d. Osten aber hat im preußischen Klassenparlament **den U-Boot-Krieg gefordert** und erklärt, wenn wir nicht eine **hohe Kriegsentschädigung** von unseren Feinden erzwingen, sei der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands sicher. Derselbe Abgeordnete hat gesagt, das gleiche Wahlrecht sei für das deutsche Volk eine Unmöglichkeit. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Als die Rechte die Macht hatte, das Volk zu verachten, da hat sie es verachtet. Jetzt spielt sie sich als Hüter der Demokratie auf. Die Landwirte von Wiesbaden sind in einen **Lieferstreik** eingetreten, weil ihnen der Milchpreis von 1,95 M. für den Liter nicht genügt. (Hört, hört!) Die Justiz im Ruhrrevier und in anderen Gebieten ist keine Rechtsprechung, sondern Rechtsvergewaltigung. (Beifall.) Den Abstimmungsgebieten im Osten entbieten wir unsern Gruß und hoffen, daß sie die Pflicht tun für unser freies Volk. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Aussprache abgebrochen.

Donnerstag, 12 Uhr: Etat. Mittellandkanal. Kleine Vorlagen.

Schluß 5 Uhr 30 Minuten.

Groß-Berlin

Die Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln.

Der Stand der Bauarbeiten.

Die Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln, deren Bauten zurzeit auf Sicherungsarbeiten beschränkt sind, zeigt jetzt, wie wir von der Bauleitung erfahren, längs ihrer Bahnstrecke folgendes Bild:

Am Nordende, der Reinickendorfer Grenze, ist der Platz zwischen Schweden-, Kristianiastraße und Oskarplatz für den großen Betriebsbahnhof nebst Werkstatt zum Teil angeschüttet, da die Aufstellgleise auf halber Höhe zwischen der Hochbahn und der Straße liegen sollen. Von der Hochbahnstrecke zwischen Kristianiastraße und dem Bahnhof Gesundbrunnen ist noch nichts ausgeführt. Der Eisenmangel würde auch einen Bau unmöglich gemacht haben; doch liegen die Einzelpläne für die einstieligen Viadukte in der Badstraße und namentlich auch für die interessanten Eisenkonstruktionen des Uebergangsbahnhofs Gesundbrunnen bereits zum größten Teil fertig vor. Unmittelbar vor diesem Bahnhof soll abseits der Straße die Rampe für den Uebergang von der Untergrund- zur Hochbahnstrecke liegen, mit teilweiser Unterfahrung des Eckhauses Ramler-Brunnenstraße. Von hier an sind Tunnelbauten ausgeführt. Die schräge Unterquerung der Brunnenstraße bis zur Strecke im Humboldthain, die durch Umlegung von städtischen Leitungsanlagen und verzögerte Materiallieferung sehr aufgehalten war, ist im wesentlichen fertiggestellt und die wieder gepflasterte Straße wird in den nächsten Wochen dem Verkehr freigegeben. Im Humboldthain selbst ist in offenem Einschnitt der Tunnelkörper bis zur Deckenhöhe betoniert.

Die anschließende Tunnelstrecke durch die Brunnenstraße längs der A.E.G.-Fabriken und bis zur Invalidenstraße liegt im Rohbau bereit; sie enthält zwei unterirdische Bahnhöfe, Voltastraße und Bernauer Straße. Mehrere in Straßenmitte eingezäunte Flächen enthalten die Zugangstreppen der Stationen und den Aufbau für eine Verladeeinrichtung, mit der das Kartoffellager eines an die Stadt vermieteten Teiles des Bahntunnels bedient wird. Weiter über den Rosenthaler Platz, die Rosenthaler und Weinmeisterstraße sind umfangreiche Kanalisations- und Leitungsumlegungen ausgeführt, denen zu gegebener Zeit der Tunneleinbau folgen soll. Die Straße zeigt nichts mehr von den großen mit mehreren Millionen Mark hier bereits vollführten Vorarbeiten und der eigentliche Tunnelbau ist erst wieder zu erkennen, wo die Bahn von der Münzstraße in die Kaiser-Wilhelm-Straße einbiegt. Auch hier war eine große Kanalisationsverlegung zu bewirken mit neuen Dükeranlagen, sowohl im Zuge der Dragonerstraße, als auch der Dircksenstraße. Die Eckhäuser an der Münzstraße sind mit starken Parallelmauern unterfahren, auf denen die zahlreichen, teilweise gewaltigen Abfangeträger zur Unterstützung der drei Häuser ruhen. Zwischen den Parallelmauern soll der eigentliche Tunnelkörper frei von den Hausfundamenten Aufnahme finden können. Eine ähnliche Bauweise wurde angewendet da, wo die Bahn in die Neue Friedrichstraße einbiegt, zur Unterfahrung der Zentralmarkthalle, deren Betrieb nicht gestört werden durfte. Der mittlere Teil der Abfangkonstruktion wurde auch hier in der Hauptsache fertiggestellt. Zwischen den beiden Unterfahrungen liegt der Bau der tieffundierten Tunnelstrecke der Kaiser-Wilhelm-Straße, deren Fertigstellung noch aussteht.

In der Neuen Friedrichstraße war im vergangenen Frühjahr südlich der Königstraße mit dem Tunnelbau begonnen; zum größeren Teil ist der Bodenaushub bis nahezu Grundwasserhöhe bewirkt. Hier folgt der Spreetunnel in einer Länge von 180 Meter zwischen der Waisen- und Jannowitzbrücke, einschl. der beiderseitigen Rampen 440 Meter, ein besonders schwieriger Bau, der fast ganz in der Kriegszeit ausgeführt worden ist.

In der Brückenstraße bis zur Köpenicker Straße ist der Tunnel ebenfalls hergestellt, dann wieder auf einer Strecke der Dresdener Straße vor dem Oranienplatz. An diesem Platze selbst, mit dem geplanten Endbahnhof der verkehrsdichtesten Innenstadtstrecke sind abseits der Straße die Aushubarbeiten erfolgt, die eigentlichen Bauarbeiten für den Bahnhof sind in vorgeschrittenem Stadium abgebrochen. Umfangreiche Kanalisations- und Leitungsverlegungen sind in dem genannten Straßenzug ebenfalls erfolgt.

Die Südstrecke bis zu dem von der Stadt Berlin zu erstellenden Gemeinschaftsbahnhof am Hermannplatz ist noch nicht in Angriff genommen worden.

Die Gesellschaft hat bekanntlich erklärt, das Unternehmen nicht mehr ausführen zu können, zurzeit schwebt darüber ein Prozeß mit der Stadt und dem Verband Groß-Berlin. Nach dessen Erledigung wäre es die dringende Aufgabe der neuen Einheitsgemeinde, sich mit besonderem Interesse dieser wichtigen Verkehrsfrage zuzuwenden.

Die erste Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der Oberpräsident von Berlin, Dr. Maier, hat auf Grund des Gesetzes über die Einheitsgemeinde an die Mitglieder der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung die Einladungen zu der ersten Sitzung am Montag, den 12. Juli, mittags 12 Uhr, im Festsaal des Berliner Rathauses ergehen lassen. Oberpräsident Dr. Maier wird nach einer allgemeinen Eröffnungsansprache, in der auf die Bedeutung der Stunde hingewiesen wird, die Einführung der Stadtverordneten in ihr Amt vornehmen und sie durch Handschlag an Eidesstatt verpflichten. An die feierliche Eröffnung des Groß-Berliner Stadtparlaments dürfte sich die Wahl des Vorstandes anschließen.

Robert Knoll †

Wieder hat Gevatter Tod einen braven Streiter aus unserer Mitte gerissen. Der Schleifer Robert Knoll, Neue Hochstr 29, ist nicht mehr. Noch bei der letzten Wahl war Knoll, trotzdem er das Unglück hatte, einen Arm zu verlieren, unser pflichteifrigster Helfer. 1892 der Partei beigetreten, verlor unser Freund nie den Glauben an die siegreiche Kraft des Sozialismus und wußte wie kaum ein zweiter, den Wert der Kleinagitation, die ihm Herzenssache war, zu schätzen.

Es fehlte nicht an Versuchen, den Toten von unserer Seite zu reißen. Standhaft focht er mit uns, bis ihn der Tod abtrat. Den Genossen der 35. Abteilung wird Knolls Hingabe ein immer leuchtendes Beispiel sein. Seine Beisetzung findet heute nachmittag 3 Uhr auf dem Dankeskirchhof, Reinickendorf-West, Scharnweberstr., statt.

Vorläufig keine Frühkartoffeln.

Vom Magistrat wird uns geschrieben:

Die Frühkartoffelernte hat sich leider noch weiterhin verzögert, so daß größere Zufuhren bisher nicht erfolgt, auch für die nächsten Tage noch nicht zu erwarten sind. Bisher werden Frühkartoffeln nur aus einzelnen wenigen Kreisen, in denen infolge der günstigen Bodenbeschaffenheit und besonderer Behandlung schnellere Reife erfolgt, in sehr geringen Mengen angedient. Der Magistrat wird deshalb die Gültigkeit der Abschnitte 28a und b zum Bezuge von 2 Pfund Frühkartoffeln verlängern. Soweit die Händler mit inländischen Frühkartoffeln vom Magistrat beliefert werden, die sie für 50 Pf. für das Pfund abgeben müssen, wird eine genaue Ueberwachung des Geschäftsbetriebes dahin vorgenommen, daß der Händler nicht diese als ausländische Kartoffeln verkauft, denn die Einfuhr ausländischer Kartoffeln, die zunächst nur bis 1. Juli gestattet war, ist von den Reichsernährungsministerien bis zum 20. Juli dem Handel freigegeben worden, ohne daß eine Preisfestsetzung für diese ausländischen Kartoffeln erfolgt ist. Weil die Frühkartoffel, wie bekannt, im Anfang wenig haltbar ist, war es nicht möglich, die zunächst in ganz geringen Mengen ankommenden inländischen Frühkartoffeln anzusammeln und erst dann auszugeben, bis eine allgemeine gleichzeitige Verteilung durchführbar war. So konnte auch leider das an sich sehr unerwünschte Nebeneinanderbestehen des Handels mit ausländischen und inländischen Frühkartoffeln nicht vermieden werden.

Ein Mädchenmord.

In einem Pensionat in der Marienstr. 18 wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Mord verübt. Dort wohnten seit etwa acht Tagen der 32 Jahre alte Emil Schubert mit der 23 Jahre alten Agnes Seifert, beide aus Hamburg. Als gestern vormittag die Pensionsinhaberin das Zimmer betrat, fand sie in dem einen Bett die Seifert mit durchschnittenem Halse vor. Schubert war verschwunden. Aus einem Zettel, den er auf dem Tische zurückließ, scheint hervorzugehen, daß er die Tat begangen hat, weil der ehelichen Verbindung des Paares unüberwindliche Hindernisse entgegenständen. Schubert hatte sich als Photograph ausgegeben. Man fand jedoch außer den geringen Habseligkeiten des Mädchens keine Apparate. Die Tat ist vermutlich zwischen ½12 und 4 Uhr morgens verübt worden.

Der Mörder hat ein Oberhemd, daß er bei Ausführung der Tat trug, gewechselt und am Tatort zurückgelassen. Die Buchstabenzeichen sind von ihm sorgfältig entfernt worden. In der im Zimmer stehenden Waschtoilette hat sich der Mörder dann sorgfältig von allen Blutspuren gereinigt. Die Kriminalpolizei rechnet damit, daß sich der Flüchtige, der ebenso wie seine Begleiterin norddeutsche Mundart sprach, nach Hamburg gewandt hat. Wer irgendwie Mitteilungen über ihn machen kann, wird gebeten, dies sofort an Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 61a des Berliner Polizeipräsidiums zu richten. Auf die Ergreifung des Mörders ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Die Sonntagsknallerei im Grunewald, die von Erholung suchenden Ausflüglern als arge Belästigung empfunden wird, geht lustig weiter. Nach wie vor wird an Sonntagen in den am Ostrand des Grunewalds belegenen Schießständen des Militärs stundenlang geschossen. In einer Wiedergabe der uns zugegangenen Klagen wiesen wir bereits darauf hin, daß Soldaten an Sonntagen keinen Schießdienst haben. Die Privatpersonen, die zur Befriedigung ihrer Schießlust die Schießstände des Militärs benutzen, scheinen um das sonntägliche Ruhebedürfnis des durch seine Werktagsarbeit erschöpften Großstädters sich wenig zu kümmern. Will nicht die zuständige Stelle dem Treiben ein Ende machen?

Eine Wohnhausruine, wie Schöneberg sie auf dem Grundstück an der Trägerstraße bisher hatte, gibt es auch in Dahlem. Nicht weit von dem Untergrundbahnhof Thielplatz steht an der Faradaystraße der Rohbau einer Villa, die unvollendet geblieben ist. Die Bauarbeiten kamen schon vor einigen Jahren zum Stillstand, und seitdem ist nichts geschehen, dem allmählichen Verfall des Gebäudes vorzubeugen. Warum hat man die Arbeiten nicht längst wieder aufgenommen, damit das Haus fertig und bewohnbar wird? Die Schöneberger Ruine ist endlich von der Stadt angekauft worden, die nun den Bau weiterführt und kleine Wohnungen in ihm einrichtet, um zur Linderung der Wohnungsnot beizutragen. Auch für die Dahlemer Ruine fordern wir diese Maßregel, durch die in der stattlichen Villa vier kleine Wohnungen gewonnen werden könnten. Ist das bisher unterblieben, weil dem Villengelände Dahlem diese „Proletarisierung" einer Villa erspart werden sollte?

Zur Einreise in das Memelgebiet brauchen deutsche Staatsangehörige keinerlei Genehmigung oder Visum, weder von deutscher Seite noch von der französischen Okkupationsverwaltung, sie können mit einfachem Personalausweis ein- und ausreisen, dagegen wird das Memelgebiet im Warenverkehr wie das Ausland behandelt. Wer Waren dorthin versendet oder von dort erhält, muß Ausfuhr- bezw. Einfuhrgenehmigung dafür besitzen und die Waren an der Grenze verzollen.

Das nächste Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, 7½ Uhr, in der Happoldt-Brauerei unter Leitung von Paul Scheinpflug statt. Karten im Zigarrengeschäft Horich, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus); Orchesterbureau, Lützowstr. 76 (11—1 Uhr); „Vorwärts", Lindenstr. 2; „Freiheit", Breite Straße, und an der Abendkasse.

Vor Zuzug nach Köln warnt im heutigen Inseratenteil das Wohnungsamt Köln a. Rh.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis auf weiteres auf die B I- und B II-Karten ⅛ Liter Vollmilch. Die übrige Belieferung bleibt unverändert.

Steglitz. Für Kriegsbeschädigte 1000 Gramm Teigwaren und 1000 Gramm Haferflocken (13). Für werdende Mütter 500 Gramm Reis und 1000 Gramm lose Haferflocken (36). Für Kinder im 1. Lebensj. 500 Gramm Gerstenflocken und 250 Gramm Weizengrieß, im 2. Lebensj. 250 Gramm Gerstenflocken und 250 Gramm Weizengrieß, im 3.—6. Lebensjahr 500 Gramm Gerstenflocken. Für Jugendliche 200 Gramm Grieß (53). Für über 65—70 und über 70 alte Personen 1000 Gramm Gerstenflocken (9 K).

Reinickendorf. 250 Gramm Haferflocken (33), 125 Gramm Teigwaren (35).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 8. Juli:

Jungsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Süden. 7½ Uhr, im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Mitgliederversammlung. — Ortsgruppe Neukölln. 7½ Uhr, im Jugendheim, Rogatstr. 53, Vortrag. — Ortsgruppe Norden. 7½ Uhr, bei Dobroblaw, Swinemünder Str. 11, am Arkonaplatz, Vortrag über „Die antike Lebenskunst".

35. Abt. 3 Uhr Beerdigung unseres Genossen Robert Knoll auf dem Dankeskirchhof, Reinickendorf-West, Scharnweberstraße. Treffpunkt 2 Uhr bei Weiße, Gerichtstr. 12.

Alt-Glienicke—Falkenberg. Frauenleseabend 8 Uhr, bei Klingenberg, Grünauer Straße. Thema: Die Frauen und die verflossenen Wahlen.

Morgen, 9. Juli:

Steglitz. Zu den Ferienspielen, die der Frauenausschuß veranstaltet, treffen sich die Kinder um 8½ Uhr an der Haltestelle der Grunewaldbahn, am Bahnhof Steglitz. Eßnäpfe, Löffel, Zucker und Zimmt mitbringen.

Rosenthal. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Tertan.

Treptow-Baumschulenweg. Bei der Dampferfahrt nach Rediß ist eine Matrosenkindermütze gefunden worden; abzuholen bei Genossen Scheibel, Bouchéstr. 83.

Jugendveranstaltungen.

Heute ½8 Uhr:

Lichtenberg: Jugendheim, Müggelstr. 19 Mädchenabend. — **Marienfelde:** Jugendheim, Schule, Dorfstr. 54, Vortrag: Sport und Arbeiterjugend. — **Neuenhagen:** Jugendheim, Gemeindeschule, Niederbaldenstraße, Mitgliederversammlung. — **Niederschöneweide:** Jugendheim, Gemeindeschule, Berliner Straße 31, Mitgliederversammlung. — **Reinickendorf-West:** Jugendheim, Eichbornsäle, Eichbornstr. 60, Vortrag: Von der Politik zur Schnellbahn. — **Schmargendorf:** Jugendheim, Breitestr. 36, Diskussion. — **Schönhauser Vorstadt I:** Jugendheim, Sonnenburger Straße 20, Mitgliederversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht. — **Schönhauser Vorstadt II:** Jugendheim, Pappelallee 42, Diskussionsabend. — **Steglitz-Friedenau:** Jugendheim, Offenbacher Straße, Gemeindeschule, Mitgliederversammlung.

Bildungsveranstaltungen.

Steglitz. 7 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Logenrestaurant.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Jungsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Lichterfelde. Freitag 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Oberrealschule, Ringstr. 3. Thema: „Christentum und Sozialismus". Referent: Genosse Pastor Francke. Gäste willkommen.

Schießerverein „Rübezahl", Charlottenburg. Sonntag: Ausflug nach Pelsweerder (Wiese hinter Freunds Lokal). Bei ungünstigem Wetter Zusammenkunft im Vereinslokal Kaiser-Friedrich-Straße 68.

Wirtschaft

Die Diktatur der Fabrikanten.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates unter dem Vorsitz des Gen. Rud. Wissell hat sich mit den Problemen aus der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrisis zu befassen. Er wird hoffentlich bald mit positiven Vorschlägen heraustreten können. Wir haben im „Vorwärts" wiederholt darauf hingewiesen, daß es u. E. darauf ankommt, möglichst schnell Schiedsgerichte ins Leben zu rufen, die die Interessengegensätze zwischen den Produzenten, Zwischenhändlern und Verbrauchern ausgleichen. In der heutigen Wirtschaft haben wir, wie Walter Rathenau es auch ausgesprochen hat, die Diktatur der organisierten Interessentengruppen, die vollkommen monopolistisch handeln. Die industriellen Fachverbände üben in bezug auf die Preisbestimmung als auch in bezug auf die Lieferungsbedingungen die vollendetste Diktatur aus und lehnen es zum Teil grundsätzlich ab, sich mit ihren Abnehmern überhaupt an irgendeinen Verhandlungstisch zu setzen, dank ihrer Machtposition. Die Lage ist nun so, wie wir es wiederholt dargestellt haben, daß die gegenwärtige Krisis die Lösung der Frage notwendig macht, wie sollen die Verluste, die zu tragen sind, verteilt werden, damit die Arbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit bewahrt wird, und andererseits die Verbraucher wieder instand gesetzt werden, kaufen zu können.

Ein großer Teil von Fabrikanten besteht darauf, daß die in Auftrag gegebenen Waren zu den seinerzeit vereinbarten hohen Preisen abgenommen werden müssen, oder daß dort, wo überhaupt keine festen Preise, sondern gleitende Preise vertraglich vereinbart wurden, die Abnehmer noch heute die hohen Preise zahlen sollen, die die Fabrikanten sich aus ihren teuren Materialien usw., die sie seinerzeit eingekauft haben, errechnen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Preisbestimmungen von Produzentenringen einseitig erfolgen. Schuld daran ist natürlich die Organisationslosigkeit der Verbraucher. Aber solche Organisationen lassen sich nicht im Handumdrehen schaffen. Deshalb ist das Eingreifen von Schiedsgerichten, die unverzüglich zwangsweise zu bilden wären, der wichtigste Schritt vorwärts.

Die jetzige Wirtschaftskrisis ist wie alle Vorgängerinnen eine Erscheinung der Anarchie, die sich aus der völlig freien Wirtschaft, in der sich in großer Zahl privatkapitalistische Monopole bilden, erklärt. Diese Krisen treffen die Arbeiterschaft am schwersten. Deshalb fordern die Sozialisten die Umstellung der freien Wirtschaft in eine planmäßige, in eine Bedarfsdeckungswirtschaft, die ohne eine Organisation der Verbraucher sich nicht erzielen läßt. Erst muß der Bedarf ermittelt werden, damit für den Inlandmarkt die Produktion und die bestmöglichste und sparsamste Verwendung der knappen und kostbaren Rohstoffe gesichert werden kann. Jede Ware muß auf dem kürzesten Weg an den Verbraucher gebraucht werden und die Verteilung muß nach dem Grundsatz Großer Umsatz — Kleiner Nutzen erfolgen. Wenn der Wirtschaftsrat dazu gelangt, dem gesamten Volk zu erklären, daß diese Grundsätze Anerkennung finden müssen, dann ist schon etwas erreicht. Dann werden die Vertreter des freien Handels und der freien, planlosen Wirtschaft wissen, daß sie schnellstens Organisationsformen zu finden haben, die den Verbrauchern Einfluß und Kontrolle bei der Preisfestsetzung sichern, da im Zustand der Warenknappheit ein sich auf die wirklichen Produktionskosten aufbauender Marktkonkurrenzpreis bekanntlich nicht bildet, sondern Monopolpreise von den Interessenten gebildet werden.

Hafer um 200 M. billiger.

Die Tendenz im Hafergeschäft schlug bereits gestern nach Feststellung der Kurse und Niederschrift des Berichts zur Flaue um. Heute ging diese in scharfem Tempo weiter. Von der Provinz war viel Angebot im Markt, zum Teil zu bestmöglichem Verkauf. Fragt man, was seit gestern Neues für die Situation des Hafergeschäfts eingetreten ist, so wäre nur das Zirkular des Verbandes der Getreidehändler zu erwähnen. Dieses teilt mit, daß die Reichsgetreidestelle zu Mitte August den im Besitz des Handels vorhandenen Hafer zu einem Preise aufkaufen wolle, der wohl den neuen Höchstpreis übersteigt, aber den gegenwärtigen Marktpreis nicht erreicht. Es scheint, daß diese Mitteilung zu dem heutigen Preisrückgang beigetragen habe. Hülsenfrüchte ruhig. Heu ebenfalls. Stroh stark angeboten und nachgebend.

Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 7. Juli: Hafer per 1000 Kilogramm loko 2800—2740 M., ab Bahn, auf Abladung 2600—2500 ab Station. Tendenz flau.

Protest gegen die erhöhten Erzeugerpreise.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat an den Reichsrat und die Reichstagsfraktionen folgenden Protest gesandt:

Nach den in den letzten Tagen in die Oeffentlichkeit gedrungenen Mitteilungen plant das Ministerium eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um durchschnittlich 55 Prozent. Wir erheben gegen diese Absicht, der Landwirtschaft einen über ihre Erzeugungskosten wesentlich hinausgehenden Preisaufschlag zu gewähren, den allerschärfsten Einspruch.

Wir verlangen von der Regierung, daß sie dem Wunsche der Groß-Agrarier entschiedenen Widerstand entgegensetzt und daß sie in Uebereinstimmung mit einem großen Teil der Landwirtschaft jede Erhöhung der Preise ablehnt. Die Lage der Arbeiterklasse verträgt keine Erhöhung der Preise, sondern sie erfordert, daß sofort mit dem schleunigen Abbau derselben begonnen wird, insbesondere mit dem Abbau des hohen Brotpreises.

Auch der Versicherung der Regierung, daß die Steigerung der Erzeugerpreise keine Erhöhung der Verbraucherpreise zur Folge haben würde, vermag die Gewerkschaftskommission keinen Glauben beizumessen. Sie erblickt darin vielmehr nur den Versuch, die Arbeiter, Angestellten und Beamten darüber hinwegzutäuschen, welche unerhörte Belastung ihre Lage durch diese Liebesgabenpolitik an die Agrarier erfahren würde.

Sollte die Regierung trotzdem ihre Absicht durchsetzen wollen, so werden weitere und größere Erschütterungen des Wirtschaftslebens die Folge sein. Hiervor zu warnen halten wir für unsere Pflicht.

Soziales.

Die Stellung der Reichsangestellten.

Man schreibt uns: Die Not, welche bisher bei den Beamten und Angestellten der früheren Militärbehörden des Deutschen Reiches herrschte, ist durch den neuen Teiltarif bis zur Unerträglichkeit gesteigert worden. Trotz der Unterlagen, worauf sich das von Herrn Dr. Kuczinski errechnete Existenzminimum stützt, ist es gerade das Reich, welches vielen hunderttausenden Beamten und Angestellten kaum die Hälfte dessen gewährt, was sie zur Fristung des Lebens bedürfen. So verdient der Ernährer einer vierköpfigen Familie in den Versorgungsstellen die horrende Summe von 820 bis 860 M. pro Monat, während ein lediger Mann durchschnittlich 600 bis 650 M. verdient. Rechnet man Krankenkasse, Steuer, Miete usw. ab, dann verbleibt einer Familie durchschnittlich 550—600 M., und der Ledige müßte mit 350—400 M. auskommen. Wir fragen die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um diesem Zustande ein Ende zu bereiten. Langsam aber sicher gehen unsere Familien an Unterernährung zugrunde. Wir denken mit Schrecken an den Tag, an dem wir gezwungen sein werden, unsere Frauen und Kinder den Armenverwaltungen zur Verfügung zu stellen.

Gerichtszeitung.

Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Frey bekundet Zeuge Lohmann, daß Schumann erklärt habe, er habe nur deshalb auf die Wandervögel geschossen, weil diese ihn ärgerten und ihn in seiner Jagdleidenschaft störten. Als dem Angeklagten die Photographien der — wie die Anklage behauptete — von ihm bewohnt gewesenen Höhle am Falkenhagener See vorgelegt wird, erklärt er: „Ich kenne keine Höhle und habe nie eine Höhle besessen."

Der Vorsitzende geht dann zur Erörterung des Falles über, in welchem es sich um

die Tötung des Nachtwächters Engel

in der Nacht zum 10. Mai 1917 handelt. In jener Nacht bemerkte die in Falkenhagen, Hauptstr. 23, wohnhafte Schneiderin Wesseler einen Mann, der sich in verdächtiger Weise an dem Schloß der Tür zu schaffen machte, die in das Haus führte. Fräulein Wesseler rief den Nachtwächter Engel; aber noch ehe sie diesem ihren Verdacht auseinandersetzen konnte, hatte der Verdächtige das Haus schon wieder verlassen und ging dem Dorfe zu. Engel verfolgte ihn. Da fielen

plötzlich etwa sechs Schüsse.

Auf die Rufe des Nachtwächters eilte der Gendarmerie-Wachtmeister Geiseler herbei und fand Engel, der unter einem Baum zusammengebrochen war. Er hatte schwere Schußverletzungen im Unterleib, die den Tod herbeigeführt hatten.

Der Angeklagte hatte in der Voruntersuchung zugegeben, die Schüsse abgefeuert zu haben. Jetzt bestreitet er, von dem Vorfall etwas zu wissen; er will auch das Haus Hauptstraße 23, dessen Abbildung ihm vorgelegt wurde, nicht kennen.

Die Zeugin kann in dem Angeklagten nicht mit Bestimmtheit die von ihr beobachtete Person wiedererkennen. — Der Gendarmerie-Wachtmeister Geiseler hatte sofort mit Hilfe einiger Dorfbewohner dem Täter nachgespürt, aber nichts mehr von ihm entdecken können.

Alle Fragen des Vorsitzenden an den Angeklagten, ob er nicht in der Voruntersuchung über diesen Fall diese und jene Angaben gemacht habe, beantwortet Schumann mit einem kategorischen „Nein!", noch ehe er weiß, wie die Fragen lauten. Als der Vorsitzende ihm vorhält, daß er bei der zweiten richterlichen Vernehmung von zwei Mädchen gesprochen habe, über die er sich geärgert hätte, antwortete der Angeklagte: Das ist mir nur so vorgehalten worden und ich wollte nicht lange herumstreiten, ich wollte die Untersuchung abkürzen und eine rasche Herbeiführung der Hauptverhandlung ermöglichen. Später habe ich mich eines Tages vorführen lassen und dem Untersuchungsrichter erklärt, daß ich alles widerrufe und das angebliche Geständnis nur unter dem Einfluß der Mißhandlungen gemacht habe.

Nach einer weiteren Aussage des Kriminal-Oberwachtmeisters Lohmann, die sich auf die früheren Aussagen und das Geständnis Schumanns beziehen, wird in die Beweisaufnahme über den

Mord an einem Brautpaar

eingetreten. Am 1. Pfingstfeiertage 1919 hatte der 22jährige Schlosser Robert Kiewitt mit seiner Braut Martha Reich einen Ausflug nach dem Falkenhagener See gemacht. Am 10. Juni wurden die Leichen der beiden jungen Leute am Nordrande des Sees im Schilf aufgefunden. Die Leiche des Mannes zeigte eine Schußwunde im Gesicht, die Leiche des Mädchens eine Schußwunde auf der Brust. Die Kleidungsstücke des Mädchens waren gewaltsam aufgerissen; Geld, Wertsachen und Ausrüstungsgegenstände fanden sich weder bei den Leichen, noch in der Nähe.

Nach der Aussage des Vaters Kiewitt hat er seinem Sohne eine Uhr mit Eingravierung geschenkt gehabt, und diese Uhr mit beseitigter Eingravierung, der Rucksack des Sohnes und ein Schlips desselben sind im Besitze des Angeklagten vorgefunden worden. Der Zeuge erkennt die Sachen mit aller Bestimmtheit als die seines Sohnes wieder und bestreitet ebenso bestimmt, daß von einem Selbstmord der jungen Leute die Rede sein könnte.

Der Angeklagte erklärt auf Befragen, daß er die bei ihm gefundenen Sachen am Falkenhagener See im Schilf gefunden habe. Seiner Frau hat er die Sachen nicht gezeigt.

Die Mutter des Ermordeten erkennt diese Sachen als die ihres Sohnes wieder und bricht dabei in Schluchzen und Wehklagen aus. Sie will sich auf den Angeklagten stürzen, der ohne eine Miene zu verziehen und mit verschränkten Armen in der Anklagebank steht. Die Mutter der ermordeten Martha Reich und der Amtssekretär Borchardt bekunden, daß die Leibwäsche des Mädchens offenbar mit großer Gewalt zerrissen worden sei. Frau Reich erkennt bei Schumann gefundene Sachen als die ihrer Tochter wieder. Rechtsanwalt Dr. Frey richtet an den Zeugen Borchardt mehrere Fragen, welche darauf hinausgehen, ob die Zerreißung der Kleidungsstücke auch durch das Schilf oder beim Fortschaffen der Leiche geschehen sein könnte. Der Zeuge gibt diese Möglichkeit zu. (Diese Dinge wurden erörtert, weil die Anklage behauptet, daß das Mädchen vor der Ermordung vergewaltigt worden sei.)

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt.

Sport.

Der Schwimmverein „Vorwärts", Berlin 1807 (Mitglied des Arbeiter-Wassersportverbandes) veranstaltet am Sonntag ein Dauerschwimmen unter Beteiligung aller Arbeiter-Schwimmvereine Groß-Berlins. Der Start ist vorm. 10 Uhr im Urbanhafen; durchschwommen wird der Landwehrkanal bis hinter die Thielenbrücke (Studentenbad). Rettungsvorführungen, unter Beteiligung der Arbeiter-Samariter-Kolonne, finden statt: Gegen 9.30 Uhr an der Kottbuser Brücke, gegen 10 Uhr an der Hobrechtbrücke und gegen 10.45 Uhr an der Thielenbrücke.

Aus aller Welt.

Schwere Explosion in einem Bergwerk.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Budapest: Durch Explosion eines Dynamitlagers im Ungaria-Schacht des Aninaer Kohlenbergwerks wurden 210 Bergleute getötet. 170 Leichen sind geborgen.

Wolkenbruch in der Steiermark.

Graz, 7. Juli. In mehreren Gemeinden der östlichen Steiermark sind schwere Wolkenbrüche niedergegangen, die an Feldern, Brücken und Häusern ungeheuren Schaden anrichteten. Sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen sind zerstört. Die Einwohner konnten oft nur mit Mühe sich und ihr Vieh retten.

Wetterbericht bis Freitag mittag. Sehr warm und ziemlich schwül, vielfach heiter, aber veränderlich, im Westen an vielen Orten Gewitter.

In der Nacht zum 5. Juli d. J. verschied nach kurzem Leiden unser lieber Mitarbeiter

Herr Gustav Kühne

im 62. Lebensjahre.

Er hat sich über 28 Jahre in treuer, unermüdlicher Pflichterfüllung im Kreise seiner Kollegen unser aller Achtung und Dankbarkeit erworben. Sein Gedächtnis werden wir immer in Ehren halten. 772D

Firma Gebr. Tellschow und Mitarbeiter.

Sozialdem. Wahlverein Neukölln (S. P. D.)
Nachruf!
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Hugo Ballasejus
51. Bez.
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
240/1 **Der Vorstand.**

Spezialarzt
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuch., Manneschwäche, Ausschlag, Höhensonne-Bestrahlung. Heilanst. Dr. med. Lommer, Sprechz. 10-1, 4-7½, Sig. 10-12.
Brunnenstr. 185 (Rosenthaler Platz).

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Haut-, Harn-, Frauenl., Schwäche. Beh. schnell, sicher, schmerzl. ohne Berufsst. Blut- u. Harnuntersuch. (Fäden i. Harn)
Friedrichstr. 81 gegenüb. Panoptk.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1. Teilzahl. Separ. Damenzim.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1. Kostenl. Berat. Beq. Zahlung.

Hingerichtet
sei Ihr Auge auf die billige Bezugsquelle für **Fahrräder, Pneumatiks** und Fahrradersatzteile.
W. Schulz, Berlin-Schöneberg, **Meraner Str. 11**, am Bayerischen Platz.

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Silberbruch
kauft zu Schmelzpreisen
Brunnenstr. 11
Neukölln 229
Kais.-Fried.-Str.

Spezial-Arzt
für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.
Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden: ½12—2, ½6—½10 abds., Sonnt. ½11—1 Uhr. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.— M. portofrei

Nutzeisen
Ankauf Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen
haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
Rittergutstr. 47/45. Tel.: Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 838b*
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

Achtung, Schneider und Private!
Anzugstoffe, Hosenstoffe, sowie Steinnußknöpfe gibt äußerst preiswert ab **R. Moses, Berlin O 27, Wallnertheaterstraße 23 I.** 71/8

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel. Lützow 3703 und 8518.

!!! Geld !!!
für jede Beilage, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Kupfer 7,50
Schulzendorferstr. 2.

Haarnisse
f. Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garant. sofort
Nisska D.R.G.M. 708 295
Aufklärung kostenlos.
Fr. B. Mückenhaupt
Nürnberg B 27

Neukölln — Ringbahn
Wohnhaus, 800 Quadratmeter, 5000 M. ungesteigerter Miete. Kaufpreis 50 000 M. Off. unter Ta. N. 8083 an Rudolf Mosse, Berlin W 50, Tauentzienstr. 2.

Zu verkaufen:
1 Drehstrom-Turbogenerator,
Fabrikat MAN und SSW, 3600 KW, 6000 Volt, 3000 Umdrehungen, 12 Atm. Eintrittsspannung, 325°C Ueberhitzung. Anfragen unter **J. J. 21423** an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Stellenangebote

Weibliche **Land- u. Torfarbeiterinnen** nach Pommern verlangt durch Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin (Weibl. Landabteilung), Rückerstraße 9 (8—3 Uhr). 113,7*

Stenotypistin
perfekt, zum 1. August gesucht. Bewerbungen nur schriftlich.
Oskar Böttcher
Bülowstraße 58.

Laufmädchen
für Bureau zum sofortigen Eintritt verlangt. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter B. N. H. 2580 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W 35.

Stellengesuche

Reinmachefrauen
Waschfrauen, Aushilfemädchen, tage- u. stundenweise, monatl., auch m. Zeugn., zu erfr. im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstr. 9, Tel. 3798 (8-3). *

Große Maschinenfabrik Berlins sucht zu sofortigem Eintritt einen
Kesselschmiedemeister
mit Erfahrung im
Kleinbahnkesselbau
und einen
Werkmeister
zur Beaufsichtigung der maschinellen Arbeiten und der Maschinen für 82/7
Lokomotivkesselbau.
Bewerber mit guter Praxis wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Lebenslauf, Lichtbild und unter Angabe der Gehaltsansprüche richten unter B. N. C. 2575 an die Ala, Berlin W 35.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damenkonfektion
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Kottbuser Damm 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Hattingen a. d. Ruhr.
Für die neu gegründete Verwaltungsstelle Hattingen wird baldigst ein
Geschäftsführer gesucht.
Das Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Stuttgart mit den örtlichen Teuerungszulagen. Kollegen, welche nach ihrer Beitragsleistung (260 Beiträge) fünf Jahre Mitglied unserer Organisation sind, agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen, in Verwaltungsarbeiten vertraut sind, wollen unter Angabe ihrer Familienverhältnisse, Gesundheitszustandes, ihre Bewerbung bis 17. Juli einsenden mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kollegen **Joh. Wieandt, Hattingen (Ruhr), Heggerstraße 54.** 124/7*

Staatl. Schauspielhaus. (Operetten-Gastspiel) Allabendl. 7½ Uhr: **Die Strohwitwe.** Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus. 7½: Jul. Cäsar (19. Abt., 4.Ab.) Frt.: Jul. Cäsar (18.Abt., 4.A.)

Deutsches Theater. Maria Orska 8 Uhr: **Weib u. Hampelmann**

Kammerspiele. Abel / Käte Dorsch 8 U.: **Leibgardist**

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo). 7½ U.: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens Max Pallenberg: 8 U.: **Familie Schimek** Ab Freitag: Der Rabenvater Pallenberg u. Werbezirk.

Schiller-Theater. Hans Waßmann: 8 Uhr: **Der ehem. Leutnant**

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** ½8 Uhr: Geständnis.

Komödienhaus 8: D. Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater ½8 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Mignon.**

Die Tribüne 8 Uhr: **Bunbury.**

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: **Evchen Humbrecht.**

Kleines Theater. 7½ Uhr: **Sonate.**

Komische Oper 7½ Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**

Lustspielhaus 7½ Uhr: **Der ungetreue Eckehart**

Metropol-Theater. 7½ U.: **Im weißen Röss'l**

Neues Central-Theater 7½ U.: **Die Dame im Frack.**

Neues Operettenhaus 7½ U.: **Natural.-Phantast. Ballett**

Neues Volkstheater 7½ Uhr: **Die 3 Zwillinge**

Thalia-Theater 7½ U.: **Ihre Hoheit die Tänzerin**

Th. am Nollendorfplatz 7½ U.: **Eine Nacht im Paradies**

Theater i. d. Alt. Jakobstr. 7¾ U.: **Die verschwund. Pauline.**

Wallner-Theater 7.15 Uhr: **Tannhäuser.**

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: **Kasernenluft.**

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Allabendlich ½8 Uhr: Der große Erfolg! **Die Raschhoffs** von Hermann Sudermann. Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Der große Erfolg! **Maskerade** von Ludwig Fulda. Sonntag 4 Uhr: Störenfried.

Admirals-Palast 7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Reichshall.-Theater Täglich 7½ Uhr: **Stett. Sänger.** Varieté Dönhoff-Brettl. Garten u. Saal. Anf. 6½, Sonnt.

Theater am Kottbuser Tor. **Elite-Sänger** Täglich 7½ Uhr. Gastspiel d. Original-**Leipziger** Frln-Sänger-**Sänger.** Vorverkauf 11-1½ u. 4-6 Uhr.

Sommerth. GROSS-BERLIN (Kliems) Hasenheide 13. Tägl. 8 U.: Operett.-Schlag. **Was junge Mädchen träumen?** Ab 3½, Erstkl. Spezialitäten

Neue Welt! Arnold Scholz Hasenheide 108/114 Heute Donnerstag: **Elite-Tag.** Großes **Gala-Parade-Feuerwerk** Außerdem: Konzert, Vorstellung und Ball. Die Weinterrasse ist eröffnet! Anf. 4 Uhr.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: **Bruder Martin**

Lessing-Theater. Sommerspielzeit Allabendlich 8 Uhr: **Leopoldine Konstantin** in **D. Glas d. Jungfrau**

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: **Die bessere Hälfte** mit Max Adalbert.

Rose-Theater. 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel**

Friedr.-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: **Evchen Humbrecht.** Der große Erfolg.

Theater Folies Caprice Friedrich-, Ecke Linienstr. 7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen** Musikalischer Schwank.

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: **Varieté-Spielplan** Rauchen gestattet!

APOLLO 7½ Theater 7½ Direkt. James Klein. **Juli 1920** **Neue Natura** lebende Kunstwerke **Mauß tollkühne TODESFAHRT** **2 Aegirs** am Meeresgrund. Mary **ZIMMERMANN** v. Dtsch. Opernhaus in ihren Tänzen u. weitere Sensation.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin **A. Lehmann & Co.,** Inh.: Gautenberg. Leipziger Str. 115/116. Gr. Frankfurter Str. 105.

Krause Pianos zur Miete Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Möbel-Gelegenheitskäufe, Schlafzimmer 2500, Speisezimmer 4500, Herrenzimmer 3600, viele sehr elegante, schwere Zimmereinrichtungen und Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen. **Hans Lennert,** Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringer Str. 55, Rosenthaler Platz.

Möbel Gegen Teilzahlung: **Küchen Schlafzimmer Speisezimmer Polsterwaren** Äußerst preiswert! **Kluge** Charlottenburg Wilmersdorf. Str. 19

Aus erster Hand! **Zigarren** Qualitäten, ¹⁄₁₀ 490 M. mit Steuer. Ber. Rechn. nicht unter ½ ⁰⁄₀₀. **Franz Campe, Grimma.** 765D

Offene Füße Krampfadergeschwüre, auch veraltete, schmerzhafte Wunden, Entzündung mit unerträglichem Jucken heilt ohne Nachteil laut viel. Erfolgsberichten die milde u. wohltuende „Heilaba-Salbe", 10,50 M. u. 6,50 M. Zur gleichzeitigen inneren Kur Gollarin-Blutreinigungspulver M. 4,—, übliche 3 Sch. 11,50. **Otto Reichel,** Berlin 44, 50, Eisenbahnstr. 4.

Volksbühne, Theater am Bülowplatz

Sonnabend, den 10., Sonntag, den 11., Mittwoch, den 14. Juli 1920 Nachmittag 3 Uhr:

Die Fledermaus

Operette von Johann Strauß unter Mitwirkung d. Blüthner-Orchesters. Spielleitung: Maximilian Moris.

Kassenpreise: 10,—, 7,50, 6,—, 4,— und 2,50 M.

Rennen zu Grunewald (Berliner Rennverein) Donnerstag, den 8. Juli, nachm. 3 Uhr **7 Rennen**

Artikel für Sommer- und Kinderfeste Kopfbedeckungen, Harken, Sensen, Illuminations-, Verlosungs-Artikel, Kieten und Cose, Feuerwerk, Tanzkontroller, Guirlanden, Fahnen usw. **Pohl & Weber Nachf.** BERLIN C 19 Am Spittelmarkt 4—7 I. Versand nach Außerhalb. Verlangen Sie Preisliste Nr. 33.

Wir bieten an: **Zigarren** hochfein, rein überseeisch zu M. 560, 590, 680, 785, 850 und 880 pro Mille exkl. Steuer, in pr. Holzkisten, größtent. ¹⁄₁₀ gepackt. Probesendung i. Höhe v. ca. M. 400,— sortiert gern zu Diensten. Aufträge finden d. Reihe nach Erledigung. **Umsonst** ist ein Besuch unseres Lagers nicht. Ein Versuch mit unseren Marken führt bestimmt zu dauernder Kundschaft. **ELSTE & Co.** Tabakvertriebsges. m. b. H., Gneisenaustr. 65. Telephon Moritzplatz 9124.

Für den Bau eines **Wohnhauses mit Garten** am Bahnhof Marienfelde, 20 Minuten ab Potsdamer Platz, 3 Zimmer, Küche, Kammer, Bad und Stallung, durch den Bauverein Mariendorf-Süd, sind noch einige Grundstücke zu vergeben. Besichtigung täglich von 4—8 Uhr Meldung im Restaurant Wildgrube am Bahnhof Marienfelde. Telephonische Anfragen: Wilhelm 3302. 768D

Warnung!

Gewissenlose Elemente benutzen die anerkannte Beliebtheit der Garbáty-Cigaretten, um das Publikum durch minderwertige Nachahmungen zu täuschen.

Die echten Garbáty-Cigaretten werden nach wie vor aus rein orientalischen Edeltabaken hergestellt.

Nachahmer werden strafrechtlich verfolgt, sachdienliche Mitteilungen belohnt.

Berlin-Pankow, Juni 1920.

Garbáty.

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien: Vor 1900 Jahr.! **Wer war Jesus Christus?** In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis Mk. 6,30 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme. Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Perlen Juwelen Sehr grosses Silberlager **Margraf & Co.** Kanonierstrasse 9

Meine großen Möbel-Läger mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 180 nahe Rosenthaler Platz bei **Möbel-Lechner,** Haupteingang Brunnenstraße 7 Geöffnet von 8—6

Heiligensee bei Tegel **Parzellen** an Wald und Wasser, ausgezeichneter Boden, billiger Preis. Anzahlung von M. 1000,— an, Abzahlung gestattet. Laurenmühlensche Nachlaßverwaltung, Berlin, Neustädtische Kirchstr. 15. Auskunft: Lamprecht, Heiligensee, Kirchallee. Teilstrecke der Tegel-Heiligenseer Straßenbahn.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgen. Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.

Außerordentliche **Mitglieder-Versammlung** am Sonnabend, d. 10. Juli 1920, abends 5 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. Alle Kollegen, auch die der Vororte, haben zu erscheinen, da eventuell der Streik beschlossen wird. Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

Das Versicherungsamt hat den Wert der Sachbezüge rückwirkend vom 1. April 1920 ab erhöht.

Wir verweisen auf die in Nr. 146 des „Schöneberger Tageblattes" enthaltene amtliche Bekanntmachung.

Für die **Krankenversicherung** tritt die Erhöhung und damit die Zugehörigkeit zu einer anderen Lohnstufe vom **5. Juli 1920** ab in Kraft.

Die neuen Bestimmungen berühren insbesondere auch die in **Privathaushaltungen** beschäftigten Dienstboten, für welche vom 5. Juli 1920 ab **die Beiträge** betragen bei einem Monatslohn bis einschl. 30 M. täglich 42 Pf. (Lohnstufe III)
„ über 30 M. bis einschl. 90 M. tägl. 56 Pf. „ IV)
„ „ 90 „ „ „ 150 „ „ 70 „ „ V)
„ „ 150 „ „ „ 210 „ „ 84 „ „ VI)

An Invalidenmarken sind in jedem Falle solche zu 50 Pf., ab 1. August 1920 zu 1,40 zu verwenden. 146/17

Berlin-Schöneberg, den 5. Juli 1920.

Der Vorstand
Krukow, Vorsitzender, Fritz Senss, Schriftführer.

Warnung vor Zuzug nach Köln.

Die Wohnungsnot in Köln hat einen derartigen Umfang angenommen, daß zum wiederholten Male vor einem Zuzug nach Köln dringend gewarnt werden muß. Zuziehenden droht Obdachlosigkeit.

Ohne Zustimmung des Wohnungsamtes abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Zuwiderhandelnde haben neben hoher Geldstrafe zwangsweise Aussetzung zu gewärtigen.

Köln, den 1. Juli 1920.

Der Oberbürgermeister.
Wohnungsamt. 11/11

DRESDNER BANK.

Aktiva. Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			560 129 049	80
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			4 390 865 843	55
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	4 390 865 845	55		
b) eigene Akzepte	—	—		
c) eigene Ziehungen	—	—		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	—		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			778 289 362	85
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			535 677 316	15
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			381 711 735	—
davon am Bilanztage gedeckt				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	119 582 463	65		
b) durch andere Sicherheiten	208 333 253	50		
Eigene Wertpapiere			122 001 799	10
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten (davon M. 44 134 138,66 verzinsliche Schatzanweisungen)	55 499 274	85		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	6 210 657	35		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	54 420 313	40		
d) sonstige Wertpapiere	5 871 553	50		
Konsortialbeteiligungen			53 347 357	90
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			53 718 063	15
Schuldner in laufender Rechnung			1 868 926 300	50
a) gedeckte	1 230 196 822	60		
b) ungedeckte	638 729 477	90		
außerdem Aval- und Bürgschaftsschuldner M. 2 262 903 334,75				
hierunter Aval-Forderungen an Reich- und Reichsbank M. 418 810 700.—				
Bankgebäude			46 164 280	35
Sonstige Immobilien			2 830 245	25
Mobilien-Konto			2 218 501	90
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			3 714 752	60
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung			95 205	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung			122 250	—
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London			20 720 536	85
			8 824 032 605	95

Passiva.

Passiva	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Aktien-Kapital-Konto			260 000 000	—
Rücklage A			51 000 000	—
Rücklage B			29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto			944 536	—
Gläubiger				
a) Nostroverpflichtungen (einschließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen)			159 046 082	60
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			4 674 883	20
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen			330 763 434	85
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			1 615 173 918	75
1. innerhalb 7 Tagen fällig	1 016 174 084	40		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	327 471 854	30		
3. nach 3 Monaten fällig	271 527 980	05		
e) sonstige Gläubiger			6 016 538 234	70
1. innerhalb 7 Tagen fällig	4 859 470 546	50		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	995 798 176	50		
3. nach 3 Monaten fällig	161 269 511	70		
Akzepte			107 582 778	95
Noch nicht eingelöste Schecks			190 286 273	30
Außerdem				
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen (einschließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen) . . . M. 2 262 903 334,75				
Eigene Ziehungen . . . . —				
davon für Rechnung Dritter . . . . —				
Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank . . . —				
Dividenden-Konto			748 272	—
Pensions-Fonds-Konto			6 841 459	60
König-Friedrich-August-Stiftung			114 789	90
Georg-Arnstaedt-Stiftung			153 722	35
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			508 240	33
Reingewinn			50 658 039	40
			8 824 032 605	95

Verlust. Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1919. **Gewinn.**

Verlust	Mk.	Pf.
Handlungs-Unkosten-Konto	72 439 623	—
Steuern	12 909 589	30
Reingewinn	50 658 039	40
	136 007 231	70

Gewinn	Mk.	Pf.
Vortrag von 1918	388 778	10
Sorten- und Zinsschein-Konto	2 972 03[illegible]	25
Wechsel- und Zinsen-Konto	81 061 480	35
Provisions-Konto	48 277 023	15
Effekten- und Konsortial-Konto	—	—
Erträgnisse aus dauernden Beteiligungen bei andern Banken	2 364 310	45
Tresormieten	993 613	40
	136 007 231	70

Dresden, den 31. Dezember 1919.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

Lebensmittelunruhen.

Karlsruhe und Königsberg.

Karlsruhe i. B., 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Heute nachmittag fanden hier abermals schwere Lebensmittelunruhen statt, bei denen es zu **blutigen Zusammenstößen** zwischen der Sicherheitspolizei und der Volksmenge kam. Vor dem Abschnittskommando in der Hans-Thoma-Straße wurde gegen 4 Uhr die Sicherheitspolizei von der Volksmenge umzingelt, wobei versucht wurde, den Beamten die Waffen zu entreißen. Die Polizei setzte sich mit ihren Waffen zur Wehr. Als aus der Menge geschossen wurde, machte die Sicherheitspolizei von ihrer Waffe Gebrauch. Das zur Hilfe herbeieilende Panzerauto gab mit einem Maschinengewehr Feuer auf die Menge ab, wurde dann aber selbst von allen Seiten beschossen. Bei der Schießerei wurde eine Frau getötet und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt. Vom Metallarbeiterverband wurden Unterhandlungen zur Einstellung des Kampfes mit der Sicherheitspolizei eingeleitet, worauf vorläufig Ruhe eintrat. Trotzdem sammelten sich gegen 5 Uhr **neue Menschenmengen** vor dem Abschnittskommando, und es sind leider weitere Zusammenstöße zu befürchten.

Königsberg, 7. Juli. **Auf dem Altstädtischen Markt und auf dem Fischmarkt wurden heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert. Die Verkäufer wurden mißhandelt. Als die Menge auch ein Schuhgeschäft zu plündern drohte, erschien ein starkes Aufgebot Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren und säuberte die Straße.**

Krefeld, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Zufuhr von Lebensmitteln ist erheblich besser, die Preise sind stark zurückgegangen, und damit ist eine Beruhigung der Bevölkerung, die gestern noch sehr unangenehme Teuerungsunruhen mit Unterstützung der U. S. P. veranlaßt hat, eingetreten.

Steuerabzugsstreik in Halle.

Magdeburg, 7. Juli. Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums hat die gestrige Konferenz der Parteifunktionäre der U. S. P. D., der Vorstände der Gewerkschaften, der Mitglieder des Gewerkschaftskartells und der Obleute der Betriebsräte sämtlicher Betriebe in Halle einen Generalstreik wegen des Steuerabzugs erklärt.

Kriegsgericht und Schieber.

Ein neuer Beitrag zur Rechtsprechung der Kriegsgerichte.

Am 28. August 1919 berichtete der „Vorwärts" über eine umfangreiche Zuckerschiebung in Küstrin, in die Beamte des Proviantamts und der Intendantur des 3. A. K. stark verwickelt schienen. Der Hauptschieber, ein gewisser Klauer, zugleich Leiter der militärischen Lebensmittelbeschaffungsstelle, die der Intendantur des 3. A. K. unterstellt ist, hatte 350 Zentner Zucker erworben, das Pfund zu 50 Pf., die er mit dem kleinen Gewinnaufschlag von 1200 Proz., nämlich das Pfund zu 6,50 M. und mit einem Gesamtnutzen von 170 000 M. zu verschieben gedachte. 100 Zentner hatte er bereits abgesetzt, den Rest von 250 Zentnern hatte er mit Hilfe von Beamten des Proviantamts verborgen. Sie waren nämlich in Räumen des Proviantamts abgelagert, aber nicht in dessen regulären Magazinen, sondern in einer abgelegenen Scheune, wo sie von der Polizei sorgfältig unter Heu versteckt gefunden und beschlagnahmt wurden. Die Abladung selber war in aller Heimlichkeit zwischen 4 und 7 Uhr früh geschehen.

Klauer ist inzwischen vom Militärgericht zu 8 Monaten Gefängnis und 56 000 M. Geldstrafe verurteilt worden, hat aber Revision eingelegt. Dagegen weigert sich die Staatsanwaltschaft, gegen die Helfershelfer des Klauer, die mitschuldigen Intendanturbeamten vorzugehen. Hierbei geht sie von folgendem aus: Das Militärgericht hat Klauer nur verurteilt wegen der Verschiebung der ersten 100 Zentner. Bezüglich der in der Intendanturscheune aufgefundenen 250 Zentner macht das Militärgericht dagegen die merkwürdige Annahme, daß diese für die militärische Lebensmittelbeschaffungsstelle angekauft worden seien. Dabei mußte dem Militärgericht bekannt sein, daß die gesamten 350 Zentner Zucker aus einer Hand stammten, daß Klauer sie aus seinen privaten Mitteln bezahlt hat, daß der Zucker in zwei Posten von erst 300, dann 50 Zentner eintraf und daß somit die 250 Zentner ein Teil der gesamten Schiebung waren. Um ihn für das Heer zu erwerben, hätte Klauer auch vorher die Genehmigung der Intendantur einholen müssen — zumal Zucker gesetzlich rationiert und dem freien Handel entzogen ist —, er hat aber keinerlei Genehmigung zum Einkauf gehabt.

Wenn gegen die Intendanturbeamten ein Verfahren eröffnet worden wäre, so hätte der Fall wahrscheinlich ein großes öffentliches Interesse — weit über den Rahmen eines gewöhnlichen Schieberprozesses hinaus — erlangt. Aber die Einleitung des Verfahrens scheitert einstweilen an der „Annahme" des Kriegsgerichtes. Wir sind allerdings der Ansicht, daß auch diese Annahme für den Staatsanwalt kein rechtliches Hindernis zum Vorgehen bildet.

Zum besonderen Studium empfehlen wir den Fall der Deutschnationalen Volkspartei, die einerseits so warm für die Beibehaltung der Kriegsgerichte eintritt, andererseits in ihren Wahlaufrufen die Bekämpfung des Schiebertums mit großem Pathos verkündet.

•

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt uns:

Es ist allgemein bekannt, daß nach der Revolution im November 1918 die einseitige Grußpflicht im Heere abgeschafft worden ist. Eine gegenseitige Grußpflicht wurde für das Friedensheer erst teilweise im Januar 1919 und für die gesamte Reichswehr durch Erlaß der Reichsregierung vom 29. Mai 1919 eingeführt. Lazarettinsassen, die Angehörige des alten Heeres waren, fallen nicht unter diese Verordnung.

Trotzdem ist ein Hauptmann Sehmsdorf in Stettin wegen des Vergehens der Achtungsverletzung, die in der Nichteinnahme einer „strammen Haltung" bestehen soll, gegen den Lazarettinsassen Wilhelm Lindemann vorgegangen. Das Kriegsgericht der Abwickelungsstelle der 3. Division Stettin verurteilte den Uebeltäter wegen Gehorsamsverweigerung zu vierzehn Tagen mittleren Arrestes. Das Oberkriegsgericht in Berlin ermäßigte die Strafe auf 3 Tage Mittelarrest und nahm nur Achtungsverletzung an. Beide Urteile entbehren jeder rechtlichen Grundlage. Der Erlaß der Reichsregierung vom 29. Mai 1919, auf den sich das Urteil der 3. Division beruft, regelt die beiderseitige Grußpflicht nur im Friedensheere. Zu diesem gehören aber die Lazarettinsassen nicht, da das alte Heer bekanntlich am 31. Mai 1919 aufgelöst worden ist. Wie kommt das Kriegsgericht dazu, einen Verwundeten zu verurteilen, obwohl es gar kein Recht dazu hat? Der Verurteilte befindet sich wegen seiner schweren Verwundung jetzt noch im Lazarett und soll nunmehr die Strafe absitzen. Es klingt geradezu wie Hohn, daß heute noch Kriegsgerichte in Wirksamkeit treten, weil ein Verwundeter, der gar nicht mehr zum Heere gehört, erklärt hat, daß er „die Finger nicht mehr an die Hosennaht lege".

Ein neuer Beweis, wie notwendig die Abschaffung der Kriegsgerichte ist.

Die Kriegsgefangenen in Sibirien.

Ein dänischer Hilferuf.

Ueber die Zustände unter den deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien unterrichtet folgender Brief, den „Berlingske Tidende" von dem dänischen Vizekonsul in Irkutsk, J. L. Moller-Holst, erhalten hat:

Der Zustand der Kriegsgefangenen in Sibirien ist vollkommen verzweifelt. Nach mehr als fünfjähriger Gefangenschaft bezweifeln diese Unglücklichen jetzt, ob ihnen jemals Hilfe und Befreiung von ihrem Leiden gewährt werden wird. Seit ich in Irkutsk bin, haben wir Dänen uns immer an die verschiedenen Regierungen gewandt, wir haben namentlich mündlich mit den Vertretern der Ententeregierungen verhandelt. So eindringlich wie möglich haben wir um Hilfe gebeten, aber bisher ist wenig Hilfe gewährt worden, **die Welt scheint diese Tausenden von unglücklichen, niedergebrochenen Menschen ganz vergessen zu haben.**

Die materiellen Mittel, die der Dänischen Kriegsgefangenenhilfe hier zur Verfügung standen, sind nur gering gewesen. Die Arbeit galt daher in erster Linie einer möglichst großen moralischen Unterstützung. Man hat dafür gesorgt, daß die Gefangenen erhielten, was ihnen zukam, und hat sie gegen wirtschaftliche und persönliche Uebergriffe seitens der wechselnden Lagerkommandanten und Arbeiter beschützt. Die Kräfte reichten beinahe nicht aus zu der vielen Arbeit.

Nach eingehender Schilderung der Tätigkeit der Dänischen Kriegsgefangenenhilfe, die sich nicht nur auf die Kontrolle der den Kriegsgefangenen zugewandten Unterstützungen erstreckte, sondern auch in der Verwaltung der Kriegsgefangenenlager und in der Sorge um das leibliche Wohl der Kriegsgefangenen Hervorragendes leistete, schließt Moller-Holst seinen Bericht: Die dänischen Kriegsgefangenenkomitees in Sibirien werden auf ihren Posten ausharren und keine Gelegenheit versäumen zur Rettung der zahlreichen Opfer des Weltkrieges, die hier in den Gefangenenlagern noch hungernd, frierend und leidend schmachten. Ich richte durch diese Zeilen einen neuen Hilferuf nach Dänemark und Europa. Möchte er erhört werden, möchte die Hilfe kommen, bevor abermals Tausende von Menschenleben vernichtet werden.

Der Kampf um Ermland und Masuren.

Allenstein, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Ostdeutschland steht unter dem Eindruck der bevorstehenden Abstimmung über die künftige Staatsangehörigkeit von Ermland und Masuren. Alle anderen politischen Ereignisse, selbst die Konferenz von Spa, sind in den Schatten gerückt. In Ost- und Westpreußen herrscht eine einmütige deutsche Volksbewegung, die jeden Klassen- und Wirtschaftskampf vollständig ausgeschaltet hat. Wohin man sieht, Fahnen- und Girlandenschmuck. Stunde um Stunde treffen trotz polnischer Korridor-Schikane Züge ein, die Abstimmungsberechtigte aus ganz Deutschland bringen. In jeder Stadt und in jedem Dorf ist ein heißer Kampf zwischen Deutschen und Polen entbrannt. Die Brennpunkte liegen in den Hauptstädten der Abstimmungsgebiete, Allenstein und Marienwerder, von wo aus die Organisationen ihren umfassenden Wahlapparat in Bewegung setzen. Niemand zweifelt an dem deutschen Sieg, jedoch geben Sprachenparagraph und deutsche Ostmarkenpolitik unseligen Angedenkens in verschiedenen Bezirken den Polen heute noch guten Agitationsstoff.

Vom Rathaus Allenstein wehen die Fahnen der Interalliierten, unter deren Oberhoheit sich der Wahlkampf und die Volksabstimmung vollziehen. Namhafte Künstler bringen Abend für Abend in Festvorstellungen die Werke der großen deutschen Dichter zu Gehör. Die Polen sind angesichts der vorauszusehenden Niederlage nervös geworden. Häufig kommt es zu Schlägereien. Die deutschen Abstimmungsbehörden und Organisationen, von denen der Kampf geleitet wird, mahnen mit allen Kräften zu Ruhe und Besonnenheit. Vor einigen Tagen wurde ein Deutscher von den Polen im Allensteiner Standquartier dieser Partei erstochen. Darauf versuchte die erregte Bevölkerung das von den Polen belegte Hotel zu stürmen. Deutsche Sicherheitsmannschaften verhinderten dies. Nunmehr ist das polnische Quartier mit Stacheldraht abgesperrt.

Der Krieg Polens mit Rußland und die polnische Mobilisierung haben der polnischen Sache schweren Schaden zugefügt. Aus dem jetzt zu Polen gehörenden Kreise Soldau sind Hunderte von Militärpflichtigen in den Kreis Allenstein übergelaufen, die sich zum Teil den Uebertritt mit Handgranaten erzwungen haben, um der Einziehung zu entgehen. Diese Hunderte von Ueberläufern sind die beste Propaganda für Deutschland. Wie bei allen Wahlkämpfen fehlt es hier natürlich um so weniger an Lügen und Entstellungen. Die Schwäche der Polen zeigt sich vor allem darin, daß sie jetzt Ermland und Masuren die Autonomie versprechen, wenn sich eine Mehrheit für Polen ergeben sollte. Die durch den Friedensvertrag den Deutschen aufgezwungene Abstimmung und der dadurch notwendig gewordene Kampf erzeugen eine maßlose Erbitterung unter der verschiedensprachigen Bevölkerung, die jahrelang fortwirken muß und ein schweres Hemmnis für die Völkerverständigung bildet.

Nach Art. 2 des Abstimmungsreglements vom 14. April 1920 können in den Gemeinden mit mehr als 600 Abstimmungsberechtigten besondere Stimmbezirke für diejenigen Wahlberechtigten gebildet werden, die zwar in dem Bezirk geboren sind, aber dort keinen Wohnsitz oder besoldeten Aufenthalt haben. Entgegen dieser klaren Bestimmung hat die interalliierte Kommission in Allenstein eine Verfügung angeordnet, daß auch in den Bezirken mit weniger als 600 Abstimmungsberechtigten für die auswärtigen Wähler besondere Wahlbureaus und Urnen zugelassen werden können. Diesen Beschluß hat die interalliierte Kommission auf Vorschlag der Polen gefaßt. Da es Stimmbezirke gibt, die nur ganz wenig Stimmberechtigte haben, sogar nur ein oder zwei Personen, wird durch diese Verfügung das Wahlgeheimnis verletzt. Auch soll offenbar bei der Entscheidung über das Schicksal der Bezirke gegebenenfalls erreicht werden, daß den Stimmen der von auswärts kommenden Wahlberechtigten, die oft den größten Teil der Wähler ausmachen, eine geringere Bedeutung beigemessen wird, als den ansässigen Bewohnern. Der Reichskommissar für das Abstimmungsgebiet Ostpreußen, Freiherr v. Gayl, hat gegen diese Maßregel eine scharfe Protestnote an die interalliierte Kommission gerichtet. Es kann nicht laut genug gefordert werden, daß die deutsche Regierung diesen Protest nachdrücklich in Spa unterstützt.

Der Friedensschluß mit Oesterreich. Der Botschafterrat der Entente hat beschlossen, daß der Austausch der Ratifizierungsurkunden mit Oesterreich am 16. Juli stattfinden soll. Er hat ferner den Antrag, die Volksabstimmung im Bezirk Teschen nicht vornehmen zu lassen, abgelehnt.

Der Kampf um die freie Schule.

Reaktionäre Demokraten in Danzig.

Wie uns aus Danzig mitgeteilt wird, besteht die dringende Gefahr, daß das im größten Teile des Freistaatgebietes, insbesondere in Danzig selbst bestehende Simultanschulsystem durch die Konfessionsschule, die den Polonisierungsbestrebungen außerordentlich zustatten käme, verdrängt wird, wenn nicht noch in der bevorstehenden zweiten Lesung die Danziger Demokraten eine andere Haltung einnehmen. Die Mehrheit des Verfassungsausschusses hat nämlich in der ersten Lesung einen Beschluß gefaßt, dessen vorangestelltes Prinzip der Simultanschule in den folgenden Sätzen über die Erhaltung der bestehenden und Neueinrichtung weiterer Konfessionsschulen geradezu Lügen gestraft und verhöhnt wird.

Wie sieht nun die Mehrheit aus, durch die ein solcher Beschluß zustande kam?

Hierüber schreibt die „Danziger Volksstimme":

> Die Stellung des Zentrums in dieser Frage konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein, und bei den Deutschnationalen werden wir uns über nichts mehr wundern. Das Unerhörte ist dies: die Demokraten sind es, die in lieblichem Verein mit Polen, Zentrum und Deutschnationalen diese Verschandelung unserer Schule auf dem Gewissen tragen werden, wenn sie nicht noch in letzter Stunde eines Besseren sich besinnen. An ihrer einen Stimme im Verfassungsausschuß lag es, an ihren 10 Stimmen im Plenum wird es liegen, wohin in dieser entscheidenden Frage das Zünglein an der Wage ausschlägt.

Die reaktionäre Gesinnung dieser „Demokraten" wird durch den Umstand besonders beleuchtet, daß sich der Vertreter der „Wirtschaftlichen Vereinigung", dieser den Deutschnationalen äußerst verwandten Gruppe, gegen die Dunkelmänner aussprach, denen sich die „Demokraten" in Danzig zugesellt haben. Das richtige Urteil über das Verhalten dieser „Liberalen" gab ein bürgerlicher Abgeordneter, als er von diesem Streich als von einem „Verrat aller demokratischen Prinzipien" sprach. Wir sind gespannt, welche Stellungnahme die Demokraten im Reich dem reaktionären Treiben ihrer Danziger Kollegen gegenüber einnehmen werden. Gelingt es nicht, diese vor der zweiten Lesung der Schulvorlage zur Vernunft zu bringen, so werden sie für immer mit dem Vorwurf belastet sein, in Danzig die Schule der Kirche ausgeliefert zu haben.

Pomphafte Apothekerpolitik.

Man schreibt uns aus Apothekerkreisen:

Unter dem Titel: „Politische Schulung — das Gebot der Stunde" schreibt der Vorstand des Apothekervereins des besetzten Westens in der „Pharmazeutischen Zeitung" u. a. folgendes:

> Der vierte Stand, über Nacht zur Herrschaft gelangt, verlangte eben die Einlösung der betreffenden Wechsel auf das Diesseits, das Teilen mit den „Reichen" an erster Stelle, und da diese Reichen sich doch nicht so lammmäßig geduldig das Fell über die Ohren ziehen ließen, d. h. den Helden der Straße ihre Geldschränke öffneten, warf man der nun einmal aufgepeitschten Masse zur vorläufigen Beschäftigung den Sozialisierungsknochen hin, denkend: Kommt Zeit, kommt Rat! Politisch Geschulten tat deshalb beim Zauberwort „Sozialisierung" das Herz keinen Schlag mehr, schlug weder das gute, noch das schlechte Gewissen.

Der Führer dieses Apothekervereins ist Herr Apothekenbesitzer Josef Pomp in München-Gladbach, der sich in den Fachzeitungen als Vertrauter des Ministers Stegerwald vorführt.

Unterm 7. Dezember 1919 sagt derselbe Mann nach Mitteilung des „Zentralblattes für Pharmazie" in Nürnberg in einem streng-vertraulichen Rundschreiben an die Mitglieder des genannten Vereins über das Resultat seiner Verhandlung mit Minister Stegerwald:

> Aus taktischen Gründen kann über das Gesamtresultat weiterhin nur dies gesagt werden, daß die moralische Wirkung unserer Darlegungen sichtlich eine große war, zumal diese Darlegungen unter voller Ausnutzung der politischen Lage im allgemeinen, der Rheinlandfrage im besonderen, mit rheinischem Freimut erfolgten.

Diese aufs Ganze gehende bürgerliche Politik eines mit den Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich brüstenden Mannes, der in den engeren Kreisen seiner Fachgenossen den vierten Stand vollkommen identifiziert mit den Helden der Straße, die den Reichen die Geldschränke öffnen, und der die äußerst prekäre Rheinlandfrage mit „rheinischem Freimut" als Druckmittel zur Durchsetzung pekuniärer Forderungen der Apothekenbesitzer benutzt, dürfte doch auch wohl den christlichen Arbeitern etwas bedenklich erscheinen.

Die Schulen in Moskau.

Der „Prawda" vom 16. Juni zufolge erwies sich bei der Untersuchung der Anfangs- und Mittelschulen in Moskau, daß sie sich in einem Zustand vollkommener Desorganisation befinden. Die Schulen wurden in Wirklichkeit nur vom vierten Teil der Schüler besucht. Die Ernährung der Schüler ist höchst mangelhaft. Die Speiseanstalten, die angeblich angegliedert sind, existieren in Wirklichkeit fast gar nicht. Ebenso mangelt es den Kindern an Schuhwerk.

Sie fühlen sich wohl! Das Ungarische Telegraphen-Corr.-Bureau verbreitet eine Meldung, die den Eindruck erwecken soll, als sei es Ungarn nie besser ergangen als zur Zeit des Transportboykotts, der seit einer Woche andauert. Die einzige sichtbare Wirkung sei eine wesentliche Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Hauptstadt und der Provinzstädte, da für Oesterreich bestimmte große Mengen Obst und Gemüse auf den inländischen Markt geworfen werden und die Preise in kürzester Zeit auf ein Drittel des vorwöchentlichen Standes gesunken sind. Die Bevölkerung ist damit so zufrieden, daß bereits Stimmen laut werden, man sollte dies Verhalten zu Deutschösterreich unabhängig vom Boykott andauern lassen. — Es ist bloß die Frage, ob die ungarischen Agrarier, die doch die Hauptstützen des weißen Terrors sind, ihrem Patriotismus das Geldopfer bringen wollen, das die Preissenkung nach sich zieht! Jedenfalls spricht die Abdankung der Horthy-Regierung dagegen. Im übrigen kann man ruhig abwarten, ob die in Aussicht gestellte Verschärfung des Boykotts die ungarische Reaktion nicht sehr bald veranlassen wird, andere Töne anzuschlagen.

Franklin Roosevelt, der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten und Gehilfe des Marinesekretärs, wurde vom Demokratischen Konvent zum Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten gewählt.

Berichtigung. In unserem Reichstagsbericht in Nr. 326 des Blattes darf es in der Rede des Abg. Käppler nicht heißen: Bei strenger Erfassung des Brotgetreides hätte jeder 260 Gramm Brot mehr erhalten können, sondern es muß heißen, daß bei strenger Erfassung die ursprüngliche Ration von 260 Gramm Mehl vom ersten bis zum letzten Tage des Erntejahres hätte aufrechterhalten werden können.

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiter, Angestellten, Beamten und deren Organisationen!

Die Rechtsanwaltsangestellten streiken. Ihre jetzige Bezahlung ist eine geradezu jämmerliche. Soweit Ihr gezwungen waret, einen Anwalt zu Rate zu ziehen, fragt diesen, ob er die Forderungen der Angestellten anerkennt oder enzieht ihm sofort die Prozesse. Der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliancestr. 7/10 (Nollendorf 4460/63) ist bereit, tüchtige Rechtsanwälte, die die Forderungen bewilligt haben, zur Fortführung Eurer Angelegenheiten zu empfehlen, ohne daß hierdurch besondere Unkosten enstehen.

Wir erwarten, daß Ihr die in der größten Notlage befindlichen Angestellten in jeder Weise unterstützt und unserem obigen Ersuchen Folge leistet.

Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission. Sabath. **Afa, Ortskartell Groß-Berlin.** Flatau. Reinsberg.

Generalversammlung der Angestelltenorganisation.

Die Generalversammlung der Berliner Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Angestellten tagte am Dienstag. Die Tagesordnung wurde auf einen Antrag aus den Reihen der Opposition völlig umgestellt, indem als neuer und dazu erster Punkt auf die Tagesordnung gestellt wurde:

„Der Ausschluß von Hirsch u. Gen. aus dem Verband".

Es handelt sich um die bekannte Angelegenheit, die auch außerhalb der Organisation als ein „Mundtotmachen einer gewerkschaftlichen Opposition" hingestellt worden ist. Danziger als erster Redner der Opposition und nach ihm Gries vertraten diese Auffassung und betonten, Hirsch und die anderen fünf Ausgeschlossenen hätten keinerlei ehrlose Handlung begangen. Ihnen antwortete Bublitz, indem er unter anderem ausführte: Die Opposition sollte durchaus nicht mundtot gemacht werden. Gegen eine Diskutierung grundsätzlicher Fragen habe niemand etwas in der Berliner Verwaltungsstelle. Uebrigens herrscht über verschiedene der von der Opposition aufgestellten Punkte bei der großen Mehrheit Einheitlichkeit der Auffassung. Und worüber sie nicht besteht, das kann ruhig diskutiert werden. Hat aber die Opposition grundsätzliche Diskussion betrieben? Durchaus nicht!

Der ganze Kampf im Verwaltungsbezirk Berlin ist ein solcher

von Personen um Personen.

Der Ausschließungsantrag gegen die sechs, den die Ortsverwaltung gemäß ihrem Mehrheitsbeschluß an den Verbandsvorstand weitergegeben hat, ist lediglich deshalb gekommen, weil die Kollegen sich herausgenommen haben, gegen Beschlüsse der Organisation nicht innerhalb, sondern außerhalb der Organisation vorzugehen. Keine Organisation kann dulden, daß einzelne Kollegen Verbandspolitik auf eigne Faust zu treiben. Ein Ausschlußantrag war schon gestellt, nachdem Mitglieder der Opposition mit der Unterschrift: „Die Afa-Delegierten des Verbandes der Angestellten" aus Anlaß der Betriebsrätewahlen in der „Freiheit" einen Artikel veröffentlicht hatten, der den Anschein erwecken mußte, daß die Afa-Delegierten nun doch (im Gegensatz zu den wirklichen Beschlüssen) beschlossen hätten, politische Listen aufzustellen. Die Antragsteller wurden, nachdem der Kapp-Putsch das schöne Bild wirklichen einheitlichen Zusammenarbeitens ergeben hatte, von der Ortsverwaltung zur Rücknahme ihres Antrags veranlaßt.

Dann kam die Angelegenheit der Zusammenfassung der Betriebsräte. Unsere Organisation und die Afa stellten sich auf den Standpunkt, daß die Angestellten-Betriebsräte innerhalb der Afa zusammengefaßt werden sollten.

Auch dagegen haben Hirsch und Genossen verstoßen.

Nicht innerhalb des Verbandes kämpften sie gegen den Beschluß an, sondern sie hielten es für zweckmäßig, außerhalb des Rahmens der Organisation unter Mißbrauch des Namens der Organisation gegen die Organisation Stellung zu nehmen. Das ist etwas, was sich auch der Verband der Angestellten nicht auf die Dauer gefallen lassen kann. Wer außerhalb der Organisation gegen die Organisation wirkt, der begeht eine verbandsschädigende Handlung. — Redner fand lebhaften Beifall bei einem Teil der Versammlung.

Dann sprach Lindig von der Opposition, dem der andere Teil der Versammlung lebhaft applaudierte.

Es sprachen dann noch eine ganze Anzahl Redner, teils im Sinne von Bublitz, teils in dem von Denzer, Gries und Lindig. Die Opponenten meinten, daß der Verbandsvorstand durch den Ausschluß einen Keil in die Organisation treibe.

Huhnfleisch und Schmidt hoben als entscheidend für den Ausschlußantrag und Ausschlußbeschluß hervor: Nachdem die Afa die Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaft beschlossen und die Betriebsräte in zwei großen Versammlungen sich den Beschluß zu eigen gemacht hätten, habe Hirsch es für angebracht gehalten, in einer von der Betriebsrätezentrale der Münzstraße veranstalteten Versammlung die gegenteilige Stellungnahme zu vertreten, wobei der

Name des Angestelltenverbandes mißbraucht wurde.

Denn es sei an den Säulen zu lesen gewesen: „Referent Kollege Hirsch, Zentralverband der Angestellten." — Wenn Hirsch, so meinte Schmidt, dies nicht wollte, dann hätte er es sich verbitten müssen. Das war der zweite eklatante Fall, wo Hirsch, als er und andere in der Organisation in der verschwindenden Minderheit blieben und es ihm zu langsam erschien, aus der Minderheit durch Wirken in der Organisation eine Mehrheit zu schaffen, in die Oeffentlichkeit außerhalb der Organisation ging und nicht bloß seine Organisation, sondern auch Personen der Organisation angriff. Weder in einer Partei noch in einer Gewerkschaft könne man sich das gefallen lassen.

Nach weiterem Für und Wider wurde die Debatte gegen 11 Uhr nachts geschlossen. Auf Verlangen aus der Versammlung wurde festgestellt, daß Beschlußunfähigkeit vorlag, da nur 188 Delegierte anwesend waren. Ueber die Protestresolution der Opponenten konnte deshalb nicht abgestimmt werden. — Damit trat der Schluß der Generalversammlung ein. Die eigentliche Tagesordnung muß ein andermal erledigt werden.

Angestelltentarif der Metallindustrie.

Der Angestelltentarif der Metallindustrie, der von der Afa herausgegeben wird, befindet sich im Druck. Die erste Auflage wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche ausgegeben. Der Preis pro Exemplar ist dann 1.50 M. Einzelne Exemplare der Ausgabe des Verbandes Berliner Metallindustrieller, für unsere Hauptfunktionäre bestimmt, sind in der unterzeichneten Geschäftsstelle schon jetzt zum Preise von 1.75 M. zu haben. Afa, Ortskartell Groß-Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Opposition oder Querulantentum.

Der Kommunist Paul Lange behandelt in der „Roten Fahne" den Ausschluß der Mitglieder im Zentralverband der Angestellten, für die die unabhängige „Freiheit" bekanntlich gegen die unabhängige Ortsverwaltungsmehrheit in die Bresche sprang. Paul Lange läßt unter Würdigung der Ausschließungsgründe durchblicken, daß es sich bei den Ausgeschlossenen weniger um Leute handele, die den Radikalismus im Inhalt einer Bewegung, sondern durch Aeußerlichkeiten fördern wollen.

Am Schluß seiner Darlegungen betont er, er wolle keineswegs gesagt haben, daß es gegen querulierende Mitglieder nur den Ausschluß gebe.

Uns will scheinen, daß Lange nur zu recht hat, wenn er in den oppositionellen Mitgliedern weniger eine gesunde radikale Opposition als vielmehr einen Maulradikalismus sieht, hinter dem sich im Grunde nichts verbirgt. Wer sich für jenes radikale Querulantentum noch einsetzt, leistet lediglich dem Spaltbazillus in der Organisation Vorschub und hindert die Förderung des einheitlichen Organisationsgedankens unter der sowieso schon allzu sehr desorganisierten Angestelltenschaft.

Achtung, Töpfer!

Am 5. Mai beschlossen die Töpfergesellen, einen erhöhten Stundenlohn zu fordern, der ab 10. Mai gezahlt werden sollte. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, da die Meisterkommission zunächst jede Lohnerhöhung ablehnte und sich auf keine Verhandlungen einlassen wollte. Eine Versammlung der Töpfergesellen am 30. Mai beschloß an den Forderungen festzuhalten und beauftragte ihre Lohnkommission, nochmals zu versuchen, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, da die Löhne der anderen Bauarbeiter, wie Maurer, Putzer usw., vom 28. Mai ab durch Schiedsspruch gleichfalls erhöht wurden. Bei den neuen Verhandlungen erklärten die Mitglieder der Meisterlohnkommission, daß sie die Berechtigung der Gesellenforderung anerkennen, daß aber die Verhältnisse im Töpfergewerbe es nicht zulassen, die Forderungen ganz zu bewilligen. Sie wollten in einer schleunigst einzuberufenden Meisterversammlung dafür eintreten, daß den Gesellen vom Tage der Beschlußfassung an 7,50 M. pro Stunde in Zeitlohn und im Akkord 550 Proz. Teurungszulage auf alle Positionen des Berliner Lohntarifes gezahlt würde.

In Anbetracht der ganzen Verhältnisse und um einen Kampf in der jetzigen Wohnungsnot zu vermeiden, glaubten die Gesellenvertreter dem zustimmen zu können, aber die Unternehmer hielten nicht Wort, eine Versammlung der Meister wurde nicht einberufen. Auf Drängen der Töpferorganisation kam nochmals eine Sitzung am 16. Juni zustande. In dieser Sitzung erklärten jedoch die Unternehmer, daß sie gezwungen wären, ihren Breslauer Verbandstag abzuwarten. Sie verpflichteten sich aber ehrenwörtlich, nach dem Verbandstage am 5. Juli in ihrer Quartalsversammlung dafür einzutreten, daß ab 1. Juli ein Stundenlohn von 7,50 M. resp. 550 Proz. Teuerungszulage auf Akkordpreise gezahlt wird. Wieder wurde den ehrenwörtlichen Versicherungen Glauben geschenkt; aber es kam anders. Die Quartalsversammlung lehnte trotz des Eintretens der Meisterlohnkommission für den Einigungsvorschlag eine Erhöhung des Stundenlohnes ab. Sie bequemte sich nur dazu, den Teuerungszuschlag für Akkordarbeiten um 80 Proz. zu erhöhen. Dagegen sollte, trotzdem es fast in allen Berufsgruppen tariflich festgelegt und üblich ist, die Bezahlung der fehlenden Sonnabend-Arbeitsstunde wegfallen. Bei früheren Verhandlungen erklärte die Meisterkommission auf Vorhaltungen der Gesellenvertreter, daß, wenn ihre Vorschläge, für die sie sich verbürgen, nicht angenommen werden, sie die Konsequenzen ziehen und ihre Aemter niederlegen würden. Nichts von dem ist geschehen. Die Arbeitgeber glauben jetzt Oberwasser erlangt zu haben; das beweist die Kündigung des Tarifes zum 1. Juli. Sie denken auf Grund der großen Arbeitslosigkeit und ihrer vermeintlichen Sprengung des Arbeitsnachweises Arbeitskräfte zu billigeren Lohnbedingungen zu erhalten.

Kollegen! Seid auf der Hut! Haltet fest am Arbeitsnachweis; Einigkeit ist mehr denn je notwendig!

Der Vorstand und die Lohnkommission haben am Dienstag abend beschlossen: Bei allen Firmen haben unsere Kollegen sofort an die Unternehmer heranzutreten und die Erklärung zu verlangen, daß der Unternehmer ab 1. Juli pro Stunde 7,50 M. zahlt. Bei Akkordarbeiten muß die Teuerungszulage 550 Proz. betragen. Ein Abzug der fehlenden Sonnabend-Arbeitsstunde darf nicht erfolgen, da die Bezahlung tariflich bis zum 1. Oktober festgelegt ist. Die Erklärung hat schriftlich zu erfolgen und ist von den Kollegen in der Versammlung, welche am Sonnabend, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal I, stattfindet, mitzubringen. (Siehe auch Inserat in der heutigen Nummer.)

Dem Verbandsbureau ist aber sofort Bericht zu geben. Eine Reihe von Firmen haben schon bewilligt. Kollegen! Haltet fest am Nachweis! Geht nicht umschauen. Kommt Mann für Mann zur Versammlung.

Der Vorstand der Filiale Groß-Berlin des Zentralverbandes der Töpfer. J. A.: Max Kemnitz.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen. Heute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr, findet in den Andreassälen, Andreasstr. 21, eine Versammlung der Betriebsräte für die Stein- und Bauindustrie statt. Wegen der Wichtigkeit dieser Tagesordnung ist es Pflicht, daß alle Betriebsräte, Betriebsobleute sowie der gesamte Vorstand an dieser Versammlung teilnehmen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7a. (Leitende Angestellte.) Mitgliederversammlung 9. 7., 7½ Uhr, Gesellschaftshaus am Hackeschen Markt, Rosenthaler Str. 38: Die Wirtschaftskrise und die Angestellten. — Fachgruppe 17 IIa. (Hotel-, Kaffee- und Restaurationsangestellte.) Mitgliederversammlung 9. 7., 7 Uhr, in den Zelten, Zelt 4. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes. Zweigverein Groß-Berlin. Donnerstag, 8. 7., abends 7 Uhr, Engelufer 15, Versammlung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Auffallende Vorteile durch auffallende Preise!

Wir bringen in allen Abteilungen viele Angebote zu enorm herabgesetzt. Preisen

Renforcé	etwa 80 cm breit . . jetzt Meter	13.00
Hemdentuch	etwa 80 cm breit . jetzt Meter	14.90
Voiles u. Batiste	hell u. dunkel, gemustert, 70 bis 80 cm breit jetzt Meter	11.50
Voiles u. Batiste	hell u. dunkel gemustert 100 bis 130 cm breit jetzt Meter	19.50
Garnitur	Deckbett und 2 Kissen, rein Leinen, feinste Qualität . . . . . jetzt. . . .	195.00
Gardinen v. Stück	weiß u. creme jetzt Meter	6.50
Gardinen abgepaßt	weiß, creme jetzt Fenst.	95.00
Weiße Herrensportkragen	jetzt Stück	4.75

Wasch-Blusen	weiß und farbig jetzt	19.00
Voile-Blusen	reiche Handstickerei . jetzt	68.00
Kleiderröcke	feste Stoffe jetzt	25.00
Waschkleider	Kittelform, farbig Leinen jetzt	69.00
Waschkleider	weiß und farbig jetzt	95.00
Seiden-Mäntel	imprägniert, in viel. Farb. jetzt	295.00
Kinderkleider	Waschstoffe Größe 60 . jetzt	19.00

Damen-Strümpfe	engl. lang, fein jetzt Paar	11.50
Damen-Füßlinge	schwarz u. leder jetzt Paar	3.90
Damen-Strümpfe	schwarz, stark jetzt Paar	9.60
Herren-Socken	schwarz u. farbig jetzt Paar	9.75
Taghemden	m. Hohlsaum, gute Stoffe jetzt Stck.	38.00
Taghemden	mit guter Stickerei, Renforcé oder Batist . . . . . jetzt Stck.	49.00
Untertailien	verschied. Formen, gute Stoffe und reiche Stickerei . . . . . jetzt Stck.	19.50
Herren-Oberhemden	farbig mit Manschett. jetzt Stck.	98.80

Herren-Stiefel	Damen-Stiefel	Damen-Halbschuhe	Weiße Schuhe	Kinder-Stiefel
139.00 195.00	118.00 149.00	87.50 95.00	69.00 89.00	36.00 schwarz 69.00
schwarz, gute Qualität, moderne Formen	mit und ohne Lackkappe gute Verarbeitung	braune Schnürschuhe und Knöchel-Spangenschuhe | schw. Schnürschuhe, modern. Form, hohe Absätze	Schnür- und Spangenschuhe, gutes Leinen, saubere Ausführung	Gr. 25 u. 26 Gr. 27–30 gute Qualität, aparte Formen

Leinenzwirn schw. u. weiß, 20 m . Stern 65 Pf.	Stirnhaarnetze Größe 40/40 . . . . . Stück 3.25	Seidenband 4 cm breit . . . Mtr. 2.75	Gr. Blusenschleife reine Seide . . . . . Stück 4.95
Obergarn 1000 m, schw. u. weiß, Rolle 14.75	Haubenhaarnetze Stück 2.75	Seidenband 5 cm breit . . . Mtr. 3.25 in vielen Farben	Blusenkragen Glashatist, gestickt Stück 4.75
			Matrosen-Garnit. für Kinder 3.95
			Wäsche-Stickerei Meter 1.95

Warenhaus Wilhelm Stein Chausseestrasse 70-71